

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement: 3.00 M., monatlich 1.00 M.,
vierteljährlich 3.00 M., halbjährlich 6.00 M.,
jährlich 12.00 M. ...

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Betragt für die sechsstelligen Nummern
eine oder deren Raum 60 Pfg. ...

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Sonntag, den 31. Dezember 1916.
Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Das Friedensjahr 1917.

Es gehört immer noch Mut dazu, diese Worte herzusagen:
das Friedensjahr 1917! Aber wir brauchen diesen
Mut, weil er ein Stück jenes Willens ist, der Frieden
schafft.

Wenn es zu Verhandlungen kommt, so erwarten wir von
der deutschen Regierung, daß sie die Ohren steif hält. Das
Volk weiß, daß in dem kommenden Friedensvertrag für
Generationen über sein Schicksal entschieden wird; darum
will es nicht Frieden um jeden Preis, sondern einen guten
Frieden.

Auch diejenigen, die im Widerspruch zu uns den ewigen
Frieden für einen Traum halten, werden zugeben, daß ein
neuer europäischer Krieg in den nächsten dreißig Jahren eine
Unwahrscheinlichkeit ist. In dreißig Jahren aber werden wir
Zeit haben, uns auf der einen oder anderen Seite — nach
sozialistischem Wunsch auf beiden Seiten — neue Freunde zu
schaffen, sodaß wir nicht fürchten müssen, jemals wieder in
einen so furchtbar schweren Krieg wie diesen verwickelt zu
werden.

Die Welt nach Friedensschluß wird eine andere sein als
die vor Kriegsbeginn. Sind die Umstürze der auswärtigen
Politik erst zur Ruhe gekommen, dann werden die Um-
wälzungen der Wirtschaft und die der inneren Politik in den
Mittelpunkt des staatsbürgerlichen Bewusstseins treten.

Ungewöhnliche Aufgaben harren der Lösung. Heute sind wir
ein geschlossener Handelsstaat, dessen männliche Bevölkerung,
in wirtschaftlichem Sinn, zum allergrößten Teil feiert. Von
dem Heimatheer der Wirtschaft erzeugt wiederum der größere
Teil Kriegsgüter, die im Frieden keine Verbrauchsgüter
sind. Das Gold ist in der Reichsbank eingesperrt, eine unge-
heure Masse von Papiergeld ist — im Ausland zu be-
denklich niedrigem Kurse — im Umlauf. Die öffentlichen
Schulden haben eine Höhe erreicht, vor deren Ziffer auch
ein phantasiebegabter Romanschreiber vor dem Kriege
zurückgeschreckt wäre. Der Markt ist von Rohstoffen des Aus-
lands entblößt, mit Naturprodukten des Inlands nur schwach
besetzt, die Acker sind ausgezogen, die Vautätigkeit ist still-
gelegt. Die noch vorhandene Einfuhr ist zentralisiert, der
Lebensbedarf ist durch Kartensystem rationiert, die Preise für
die wichtigsten Bedarfsartikel sind durch Verordnungen fest-
gesetzt.

Kurz: wir haben eine — unvollkommene aber aus Not-
wendigkeit erwachsene und während des Kriegs unentbehrliche —
wirtschaftliche Kriegsordnung. Und das Problem,
von dem in den nächsten Jahren alles, die ganze Volks-
zukunft abhängt, besteht darin, aus dieser wirtschaftlichen
Kriegsordnung in eine wirtschaftliche Friedens-
ordnung hinüberzukommen.

Noch haben wir eine kapitalistische Wirtschaft. Aber der
Kapitalismus herrscht nicht mehr über den Staat, sondern der
Staat herrscht über den Kapitalismus. Die Wirtschaft ist nicht
vergesellschaftet, aber sie ist durchstaatlicht: vom Zentrum bis
in ihre Endfunktionen ist sie durchsetzt mit öffentlicher
Gewalt.

Würde die öffentliche Gewalt beim Kriegsschluß auf ihren
wirtschaftlichen Einfluß verzichten, wäre mit einemmal dem
laissez faire, laissez aller, dem Gehen- und Gehelassen,
freier Spielraum geschaffen, so wären Chaos und Katastrophe
die sichere Folge. Die Staatsgewalt wäre nachher dennoch
genötigt, wieder einzugreifen. Nicht um den Abbau des im
Kriege geschaffenen Wirtschaftssystems kann es sich handeln,
sondern nur um seinen Umbau und Ausbau.

Der Weg vom Kriegsozialismus zum
Friedenssozialismus muß gefunden werden! Dazu
werden wir überall die Erfahrungen das meiste tun. Trok-
dem fällt auch der sozialistischen Theorie eine ungeheure
Aufgabe zu. Marx' Kapital wird das Buch der Zeit sein!
Wir brauchen einen wissenschaftlichen Sozialismus, der, auf
Marx fußend, die Wirtschaft, wie er sie jetzt findet, analysiert
und alle praktischen Uebergangsprobleme — der Währung,
des Bankwesens, der Rohstoffbeschaffung, des Arbeitsprozesses,
der Staatsschulden, der Steuern, der Monopole — im
einzelnen durcharbeitet. Leider finden wir dafür vielfach
nur einen „wissenschaftlichen“ Sozialismus, der seine Auf-
gabe verkennt und politisch dilettiert, während er auf seinem
eigensten Gebiet unfruchtbar bleibt. So sind die Sozialisten,
die, vom eigentlichen Tageskampf abgelöst, in der Ruhe ihres
Studierzimmers diese gewaltige, unermesslich wertvolle Geistes-
arbeit vollbringen? Theoretiker des sozialen
Aufbaues an die Front!

Die kämpfende Sozialdemokratie bedarf neuer
geistiger Rüstung, wenn ihre wissenschaftliche Habe nicht zurück-
bleiben soll hinter ihrer wachsenden politischen Macht.

Bringt uns dieses Jahr den ersehnten ehrenvollen, guten
Frieden, dann kann die Sozialdemokratie mit Stolz auf den
Weg zurückblicken, den sie mitten im Trümmerfall des Welt-
kriegs zurückgelegt hat. An der mangelnden Reife ihrer Nicht-
anhänger und Gegner ist ihre große Aufgabe, den Weltfrieden
zu erhalten, gescheitert. Sie hat darum nicht den Kopf ver-
loren, sondern sie hat sich mit der Fülle ihrer jungen Kraft
der doppelten Aufgabe gewidmet, das Reich zu er-
halten und den Frieden zu erkämpfen. Heute
können wir hoffen, daß sie in absehbarer Zeit auf dieses Werk
als auf ein vollbrachtes zurückblicken darf. Und das
gibt ihr Recht zum höchsten Stolz, wenn sie auch nicht ver-
kennt, daß auch andere starke Kräfte mit ihr zum großen Ziel
zusammengewirkt haben.

Nun aber heißt es, die gewonnene politische Kraft der
Arbeiterklasse umzusetzen in wirtschaftliche Kraft. Die
Arbeiter haben ihr Vaterland geschützt, nun Vaterland schütze
du deine Arbeiter vor politischem Unrecht, vor wirtschaftlicher
Ausbeutung! Millionen kehren heim, die sich ein Recht auf
ein besseres Dasein erkämpft haben. Was wird das Vater-
land ihnen bieten? Etwa ein Pluralwahlrecht in Preußen
und die Aussicht, auf dem „freien Arbeitsmarkt“ frei zu ver-
hungern? Das darf nicht, das wird nicht sein!

Schenken wird man uns nichts! Wir stehen vor schweren
Kämpfen, in denen der Geist, die politische Klugheit, die ge-
dankliche Durchdringung des umkämpften Stoffes entscheiden
wird. In der äußern wie der innern Politik kann die Ge-
walt nur Vorentscheidungen treffen und leere Formen gießen,
deren Inhalt durch die Arbeit und den Kampf des un-
dramatischen Alltags bestimmt wird.

Staatsverfassungen kann man — das lehrt uns die Ge-
schichte — auf der Straße an einem Tage stürzen, wenn die
Umstände günstig sind. (Sie sind es selten). Wirtschafts-
verfassungen kann man nur in unendlich mühevoller Arbeit
reorganisieren — das aber ist's, worauf alles ankommt.
Wir brauchen die große Begeisterung, die nicht nur
von einem Tage träumt, sondern die auch in der Kleinarbeit

ihre Befriedigung findet, weil diese Kleinarbeit ein Stück
Arbeit an einem herrlichen Ganzen ist. Diese Begeisterung
hatten wir einst für die Kleinarbeit, als es galt, die Arbeiter-
klasse zu organisieren. Wohlan denn, jetzt geht es um mehr!
Jetzt gilt es, nicht nur die Arbeiterklasse, sondern die
menschliche Gesellschaft zu organisieren!

Zu dieser weltgeschichtlichen Arbeit brauchen wir alle
Kräfte! Wir wollen keine mischen, jede ist uns willkommen.
Das gilt für jene, die vor dem Krieg unserer großen Volks-
und Menschheitsfrage zögernd und misstrauisch gegenüber-
standen. Sie, die uns vor dem Krieg „vaterlands-
lose Gesellen“ nannten, haben an uns, an der
ganzen Bewegung, deren Wesen sie verkamten, ein
Unrecht gut zu machen, mögen sie es tun, indem sie
aufhören, Feinde unserer Sache zu sein. Und zugleich ist
noch ein anderes Vorurteil reiß zum Verschwinden: das ist
die Vorstellung, daß die Sozialdemokratie weiter nichts als
eine Vertretung materieller Handarbeiterinteressen wäre,
während sie in ihrem eigenen Bewußtsein die Ver-
treterin aller Kulturinteressen des ganzen
schaffenden Volkes ist, die Vertreterin wie des Ar-
beiters in der Werkstatt und auf dem Acker so auch des
Gelehrten, des Künstlers, des Beamten, des
Angestellten, die Vertreterin aller derer, die mit Hirn
und Hand Werte schaffen! Sie alle sind Arbeiter im hohen
Sinn dieses Wortes und berufene Bundesgenossen im Kampf
gegen feudalen wie kapitalistischen Herrschaftsgeist.

Von dieser Konzentration aller tätig aufstrebenden Kräfte
sollen aber auch diejenigen sich nicht ausschließen, die ihr
Leben lang im Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse
mit uns Schulter an Schulter standen, bis uns der Streit
der Meinungen, der aus dem Kriege entstand, auseinander-
riß. Dieser von dem Hauptstrom der Bewegung abgezweigte
Arm ist zu hoffnungslosem Verknüppeln und Verfallen be-
stimmt, wenn er nicht den Weg zum breiten Strombett zurück-
findet. Die Rechtshaberei der rückwärts Gewandten, der mit
dem Lauf der Weltgeschichte Unzufriedenen kann der Arbeiter-
klasse nicht den Weg nach vorwärts weisen. Los von diesem
Legitimitäts des Prinzips, von diesem zum Absterben ver-
urteilten Geist der Absonderung und Zersplitterung!

Wie denn? Wir wollen die Welt verändern und sollten
diese Arbeit damit beginnen, daß wir unsere Kräfte in sinn-
los gewordenen Kämpfen um Vergangenes aufstreben und
vergeuden? Wir sollten die Kraft von vier Fünfteln un-
serer Abgeordneten, drei Vierteln unserer Schriftsteller, neun
Zehnteln unserer Gewerkschaftsvertreter brachliegen, weil sie
in schwerer Zeit nach ihrem besten Wissen und Gewissen zu
ihrem Volke standen — und dann? Um wieviel Schritte
wird dann wohl die leidende Menschheit ihrem Glück näher
gekommen sein?

Noch einmal ganz von vorne anfangen? Nimmermehr!
Wir schreiben nicht 1847, sondern 1917! Wir wollen die
siebzig Jahre Entwidlung, die hinter uns liegen, nicht noch
einmal zurücklegen. Schwager Kronos peitscht die Rosse vor-
wärts, dem Frieden zu, in die Freiheit hinein, einer neuen
Zukunft der menschlichen Gesellschaft entgegen.

Denen draußen aber, die jetzt nichts von uns wissen
wollen, die uns Völkchen und Barbaren nennen, werden wir
zeigen, wie das deutsche Volk im Frieden für eine bessere Zu-
kunft der ganzen Menschheit kämpft. Wir wollen sie zwingen,
zu uns zu kommen, um von uns zu lernen, und uns zu
holen, damit wir ihnen helfen! Frei unter freien Völkern,
ihnen allen den Weg zu gemeinsamem Aufstieg weisend, so
wollen wir deutsche, internationale Sozialdemokraten das
deutsche Volk.

Dafür sind sie alle gestorben, Deutsche und Franzosen,
Engländer und Oesterreicher, Russen und Bulgaren, Italiener,
Türken, Serben und Rumänen, daß aus ihren Gräbern eine
bessere Zukunft für ganz Europa erblühen soll.
Dafür laßt uns kämpfen und arbeiten!

Friedrich Stampfer.

Eine Initiative, die gewirkt hat!

Viktor Adler über das Friedensangebot.

Wien, 30. Dezember. Die Wiener Arbeiterkammer veranstaltete am Donnerstag Abend eine Friedensversammlung, in der Viktor Adler der sicheren Ueberzeugung Ausdruck gab, daß das Friedensangebot der Mittelmächte eine Initiative war, die gewirkt hat, und daß sich trotz allem, was in Petersburg und Paris gesagt wurde, seine Wirkung verhalten wird. Daß auch in den gegnerischen Ländern die Ueberzeugung besteht, daß sie nicht lange mehr dem Frieden werden widerstehen können, sei klar. Adler bezeichnet es als Pflicht des Proletariats, seine Anstrengungen zu vermehren, damit der Wille zum Frieden in den Massen wachse. Er erbat sich die Ermächtigung, im Namen der Versammlung dem Präsidenten Wilson telegraphisch Gruß und Dank zu entbieten. (Wohlfahrter Beifall.)

Schlinger überbrachte die Grüße der ungarischen Sozialdemokratie, die alle Kraft daran setzen werde, dem Friedenswillen des Proletariats auch in Ungarn Gehör zu verschaffen. Hierauf wurde die Sitzung unter lebhaftem Beifall geschlossen.

Bevorstehende Antwort der Entente an die Mittelmächte?

Der Pariser Korrespondent der „Kopenhagener „Politiken“ teilt, wie dem „D. Z.“ telegraphiert wird, seinem Blatt unter dem 30. mit, daß die Antwort der Alliierten auf die Note der Centralmächte wahrscheinlich morgen den Regierungen Amerikas, Spaniens und der Schweiz überreicht werden wird. Man werde Wert darauf legen, sie den Zeitungen nicht früher als den Regierungsvertretern zu übergeben, im Gegensatz zu dem angeblichen Vorgehen Deutschlands, das die für den Präsidenten Wilson bestimmte Antwort zuerst den Bäckern habe zukommen lassen. Die Note werde voraussichtlich von allen Ententemächten unterzeichnet sein und auch eine Darstellung der Entschloßung des Krieges enthalten, um damit die Ablehnung des Friedensangebotes zu erklären. Die Antwort auf die Note Wilsons und der Schweiz werde wenige Tage später erfolgen. Ob sie auch eine glatte Ablehnung bringen werde, sagt der Bericht nicht.

London, 29. Dezember. (D. Z. B.) Amtlich wird mitgeteilt: Während der letzten drei Tage haben in London ständige Besprechungen zwischen der britischen Regierung und Ribot, Thomas und anderen Vertretern der französischen Regierung stattgefunden. Es hat eine volle, freimüthige Besprechung der Punkte, an denen die zwei Regierungen beiderseits interessiert sind, stattgefunden, und es ist eine völlige Einigung erzielt worden.

Die Antwort der Entente.

Eine gemeinsame Note für die Neutralen.

Bern, 30. Dezember. „Giornale d'Italia“ schreibt: Die Uebergabe der Note der Alliierten an die Neutralen steht unmittelbar bevor. Die Note wird erst veröffentlicht werden, sobald man mit Sicherheit annehmen kann, daß sie im Besitze Wilsons ist. Sie wird die gemeinsame Antwort der Alliierten darstellen und wird besonders die Gründe, die zum Kriege geführt haben, und die Verantwortlichkeiten dafür betonen, sie wird die Neutralen in besonderer Weise berücksichtigen; der Schweiz und den Vereinigten Staaten wird eine Abschrift der Note direkt übergeben. Der Entschluß der Alliierten, gemeinsam eine einzige Note zu überreichen, hat die Verpöschung verursacht, die jedoch auch ihre Vorteile gehabt hat. Dadurch war es den Alliierten möglich, die Frage gemeinsam zu studieren, sodas die Antwortnote ein geschichtliches Dokument darstellen wird, das den wirklichen Kriegsgrund und die Ziele, die die Verbündeten erreichen wollen, enthalten wird.

Wilson's Friedensnote in Bulgarien.

Sofia, 29. Dezember. (Meldung der Bulgarischen Telegraphen-Agentur.) Der amerikanische Generalkonsul Murphy hat gestern Abend dem Ministerpräsidenten Radoslawow die Friedensnote des Präsidenten Wilson überreicht. Die bulgarische Regierung wird heute eine mit jener der Verbündeten identische Antwort erteilen.

Ueber Rimnica nach Pitesti.

Von unserem Berichterstatter Hugo Schulz.

Pitesti, Dezember.

Frühmorgens um 7 Uhr fuhren wir im offenen Auto von Hermannstadt ab bei klarem Wetter, das die Schneegipfel des Gegendes scharf hervortreten ließ, und bei bitterer Kälte, die mit dem Gegenwind schmerzhaft ins Gesicht peitschte. Die Kälte mäßigte sich bald; während wir durch die engen Schluchten des Roten-Turcu-Passes fuhren, umzog sich der Himmel, aber das feuchthaltige Dezemberwetter, das drüben in der Walachei herrscht, machte die Reise nicht behaglicher. Von Calainen südwärts weicht sich das Tal allmählich, die Gipfelrücken verschärfen sich, der Clima, der bisher fast so stürmisch durch die Enge schäumte, wie die Enns durch das Gefälle, reflektiert sich nun in einem breiten, bequemen Kautschuk mit weichen, schlammigen Mäandern und die grünen Hügel erheben sich zu schmalen Gräben. Schwere Kämpfe hat es hier gegeben und die Wälder, die hier dem Gesteine entlang vorrückten, hatten saure Mähe, bis sie sich dem Ausritt aus dem Gebirge entschlüpfen. Von Tunnel zu Tunnel mußte sich der Angriff den Weg bahnen; um die verbarricadeten Tunnel aber, deren bombensichere Schlünde den rumänischen Heerführer gute Deckung boten, entspannen sich die grimmigsten Gefechte. Gewöhnlich führte eine Umgehung, die sich über die felsigen Bergabhängungen zum hinteren Ausgang schlängelte, schließlich zum Ziele. Man hörte dann aus dem Hintergrund des schwarzen Schlundes wildes Geschrei und das dumpfe Gedröhn plander Handgranaten, worauf dann auch die in der Front vorgehenden Schwärme mit Hurra losgingen. Reiß wurde die ganze Tunnelbesatzung gefangen.

Elende Ortschaften liegen am Wege. Auf Pfählen stehen wind-schleife Hütten; manche zerfallen, andere halb zerstört oder zu Kleinholz getrimmert. Aber noch immer haben diese nicht mehr menschenwürdigen Heimstätten Anziehungskraft für die arbeitsamen Gebirgsleute, die darin haften. Die Kämpfe haben sie daraus vertrieben, nun kehren sie in langen Wespenschwärmen aus den Waldverstecken, in denen sie samt ihren jammernden Kindern froren und hungerten, wieder heim. Magere Ochsen ziehen ihre Karren, darauf laufen die Weiber daneben, die Männer mit krüppeliger Haar unter der Sammelmütze schwingen die Peitsche, die Kinder aber hocken hoch oben auf dem dürftigen Hausdach und lächeln hinüber zu den vorbeiziehenden bayerischen Jägern, gucken neugierig auf die mächtigen Lastautos, blicken auf die feinsten Pferde, die

Die Friedensströmung in Russland.

Von der russischen Grenze wird der „National-Zeitung“ telegraphiert: Der radikale Flügel der russischen Sozialdemokratie hielt in Petersburg unter dem Vorsitz des Duma-Abgeordneten Tschaidse eine Vertrauensmännerbesprechung ab. Sämtliche Redner protestierten in schärfster Weise gegen das Vorgehen der Regierung und des Dumaablocks in der Besprechung des Friedensangebotes in der Duma. Die Anwesenden nahmen eine Entschloßung an, die die Regierung auffordert, sofort die entsprechenden Schritte zu unternehmen, um in Friedensverhandlungen mit dem Feinde einzutreten. Eine weitere Fortführung des Krieges bedeute den Ruin der russischen Volkswirtschaft und den vollständigen Niedergang des russischen Volkes.

Weiter wird gemeldet: Die gemäßigten Sozialdemokraten, deren Führer Plechanow ist, haben ebenfalls Stellung zum Friedensangebot der Centralmächte genommen. Diese schwächere sozialdemokratische Gruppe ist gegen einen jeglichen Friedensschluß, „da der preussische Militarismus noch immer nicht zertrümmert“ ist. Nur wenn der deutsche Militarismus ausgerottet ist, könne Russland Frieden schließen.

Die radikale Bauerngruppe nahm in der letzten Reaktionsitzung eingehend Stellung zum Friedensangebot. Bei dieser Gelegenheit kam es zu einer Spaltung der Fraktion. Der überwiegende Teil der Abgeordneten trat nunmehr für die Einleitung von Friedensverhandlungen ein.

Branting über die skandinavische Note.

Aus Stockholm berichtet Wolffs Bureau: Branting erblüht im „Socialdemokraten“ den Hauptvorzug der Note darin, daß sie sich gegen Deutschland richtet und die „Friedensbereitschaft dieses Landes auf eine unangenehme Probe stelle, um den Schleier über seinen Kriegszielen ein wenig zu lüften“.

Die französischen Syndikalisten.

Verzicht auf Elsaß-Lothringen.

Am 24. und 25. Dezember tagte in Paris eine allgemeine Konferenz der französischen Gewerkschaften. Es kam zu scharfen Debatten, in denen namentlich Bourderon von der Minderheit Joubert wegen seiner nationalistischen Haltung belächelt wurde. Die Rede Bourderons wurde jedoch von der Majorität unterdrückt. Wie sich die „Frankfurter Zeitung“ melden läßt, sollen die meisten Redner die Meinung vertreten haben, Frankreich müsse, um zu einem schnellen Frieden zu gelangen, offen und ehrlich auf die Wiedereroberung von Elsaß-Lothringen verzichten. Der Gewerkschaftsleiter erklärte sich einstimmig dafür, daß die Regierungen der Entente verpflichtet seien, ihre Friedensbedingungen zu veröffentlichen.

Eine Resolution Lanier, die zu einseitigem Kampf gegen den Kapitalismus mahnt und vor Zersplitterung warnt, fand einstimmige Annahme.

Lebensmitteldampfer nach Zeebrügge eingebracht.

Amtlich. Berlin, 30. Dezember. Der holländische Dampfer „Oidampi“, 470 Brutto-Tonnen mit Bannware (Lebensmittel), von Holland nach England unterwegs, ist am 29. Dezember von unseren holländischen Zersplitterern angehalten und nach Zeebrügge eingebracht worden.

Blockadebruch.

Aus Hamburg wird der „Sössi'schen Zeitung“ gemeldet: Der Hamburger Dampfer „Elys“ (2177 Bruttoregistertonnen) der deutschen Levante Linie, der während der Kriegszeit in Rotterdam lag, hat diesen Hafen verlassen und ist glücklich in den deutschen Gewässern vor dem Emdener Hafen angekommen. Der Dampfer soll jetzt wieder in Fahrt gesetzt werden.

Die spanischen Reeder und die deutschen U-Boote.

Wie „Daily Telegraph“ aus Madrid erfährt, beabsichtigen die spanischen Reeder, die Schifffahrt in der Kriegszone einzustellen, wenn sie nicht die Versicherung erhalten, daß ihre Schiffe von den deutschen U-Booten nicht versenkt werden. Die Anmusterung für Reisen in den nördlichen Gewässern stößt auf große Schwierigkeiten.

Die Reeder haben die Regierung ersucht, in dieser Angelegenheit für Abhilfe zu sorgen.

Diese Sorge könnten am besten sie selbst übernehmen. Sie brauchen bloß die Gebote zu erfüllen, die die Neutralität ihres Landes von ihnen fordert.

Der U-Boot-Gang im Eismeer.

Wie teilte gestern mit, daß ein deutsches U-Boot, das im nördlichen Eismeer operiert hatte, ein voll beladenes Munitionstransportschiff, den der russischen freiwilligen Flotte angehörigen Dampfer „Suchan“ (3781 Tonnen) in einen unserer Nordseehäfen einbrachte. Diese Begebenheit und diese damit verknüpften Begleitumstände befaßt zu geben, verboten bisher militärische Gründe; nachdem diese nunmehr weggefallen sind, steht einer eingehenderen Schilderung nichts mehr im Wege.

Das U-Boot schleppte im nördlichen Eismeer im Schneestreiben einen Dampfer, der nach seinen F. T.-Marken zu schließen, ein Hilfskreuzer sein mußte. Näher herangekommen, stellte das Unterseeboot fest, daß der Dampfer keine Armierung an Bord hatte. Es tauchte daher auf und hielt ihn mit einem Kanonenschuß an. Der Dampfer stoppte, begann aber sofort Funkprüche auszusenden, so daß sich das Unterseeboot gezwungen sah, ihm das Telegraphieren durch einen Granattreffer in den Kollisionstraum des Schiffes zu verbieten. Die Mannschaften ließen darauf in die Rettungsboote. Die an Bord des Unterseebootes gehaltenen Offiziere sagten aus, daß der Dampfer 6800 Tonnen Explosivstoffe an Bord habe. Der Kommandant, Kapitänleutnant Vuh, beschloß sofort, diesen höchst wertvollen Dampfer nach Deutschland einzubringen. Die gesamte Besatzung von 48 Mann wurde auf das U-Boot genommen und der Dampfer durch den Wachoffizier des Unterseebootes und den leitenden Ingenieur daraufhin untersucht, ob er genügend Kohlen, Wasser usw. für die Reise nach Deutschland an Bord hatte. Nach der darauf vorgenommenen Berechnung mußte es gelingen unter Zugrundelegung einer geringen Marschgeschwindigkeit mit den an Bord befindlichen Kohlen und Kesselwasser unter Zuhilfenahme von Seewasser einen deutschen Hafen zu erreichen. Eine aus einem Offizier und 7 Mann bestehende Weissenmannschaft wurde auf den Dampfer gesetzt und die russische Besatzung mit Ausnahme der Offiziere auf den Dampfer zurückgeschickt. Letztere wurden auf dem U-Boote zurückgehalten, um eine Beeinträchtigung der Mannschaft zum Wiederstand zu verhindern. Darauf begann das U-Boot mit dem Dampfer

die Fahrt nach Deutschland.

Sehr bald kam schweres Wetter auf, der Wind steigerte sich zum Orkan und es mußte beidseitig gedreht werden. Das mit seiner Munition überladene Schiff wackelte 40° nach jeder Seite und die Spritzer der schweren Brecher gingen bis über den Schornstein hinweg. Die Rettungsboote wurden bis auf zwei weggeschlagen und das Wasser drang durch das Schiffsloch immer mehr in den Kollisionstraum ein. Ein Badesaun wurde abgesetzt und unter den größten Schwierigkeiten in das Schiffsloch eingebracht. Zu diesem Zwecke mußte der Dampfer durch Ueberpumpen von Wasser auf die dem Einfluß entgegengesetzte Seite gelegt werden. Dann wurde versucht die Fahrt fortzusetzen. In einer Nacht wurde das Schiff infolge des ozeanartigen Wellensums 35 Meilen aus der Nordrichtung getrieben, trotzdem es die ganze Zeit gegen den Wind und See andampfte. Die Kohlen wurden allmählich immer knapper. Schließlich weigerten sich die russischen Zeiger, ihren Dienst an den Feueren weiter zu versehen, und nur der äußersten Energie des deutschen Weissenmannschafts-Kapitänleutnant zur See D. H. Haschagen, war es zu verdanken, daß das Schiff die Reise fortsetzen konnte. Während dieser auf der Kommandobrücke war, begannen die Russen in die Weinvorräte einzubringen und sich dauernd zu betrinken, so daß die alkoholischen Getränke über Bord geworfen werden mußten. Immer wieder gelang es der kleinen deutschen Besatzung, des widerpenstigen russischen Personals Herr zu werden. Auf der Höhe des Stagerak, als das Schiff nur noch 20 Tonnen Kohlen an Bord hatte, zwang ein schwerer Südweststurm den Dampfer noch einmal 36 Stunden lang beizubringen. Schließlich gelang es trotzdem, den „Suchan“ in einen deutschen Hafen einzubringen. Nach dem Festmachen war nur noch 1/2 Tonne Kohlen an Bord.

Munition und Kriegsgerät.

hatte der direkt von Amerika gekommene Dampfer geladen: etwa 225 000 Geschosse von 8,7; 7,5 und 30,5 Zentimeter Kaliber, 110 000 Kilogramm Pulver, 150 000 Kilogramm Trinitrotoluol, über 500 000 Bänder und Zündschrauben, 7 Lastautos,

vor die schweren Geschütze und die gefüllten Munitionskisten gespannt sind, hin, wie wenn das alles wunderbares Spielzeug wäre. Der Krieg bevölkert die Straßen, das muß man schon sagen — aber ob er sie auch belebt? . . . Jedenfalls bringt er Tod allem Weiter, das in den Gehörten beiderseits blüht, grünt und schmeckert. In Rumänien lebt der Krieg seit völlig vom Lande, und er fährt nicht schleichend dabel. Der Krieg ist eben keine Wohlfahrtsinstitution, und am wenigsten in Feindesland. Er nimmt, wo er findet. Aber daß in Rumänien gerade die Vermittler und Unschuldigen — diese arbeitsamen, bedrückten Bauern — die Schuld ihrer verbrecherischen Herrenklasse zahlen müssen, während diese keine, mit allem Pariser Sarkasmus gefällte Herrenklasse rechtzeitig samt ihrem Raube verdrückt ist, erfüllt manchen biederen Russetier mit Ingrimm. Was nützen aber die bitteren Gefühle? Es ist nun einmal so, daß sich selbst gegen die verbrecherische Einseitigkeit der Vorfälle besser behaupten als die Hütten, die der Schwall sofort wegwüßt. Nirgends zeigte sich mir das so drastisch wie in Calimaneski. Das ist ein eleganter rumänischer Gebirgsort, der auch im Frieden einen überraschend verblüffenden Anblick gewähren muß. In einem Tale, das nur von Stahlbauern mit primitivster Kultur besiedelt zu sein scheint, gerät man da plötzlich in ein Gebirge von Märchenschloßern. Hotels stehen da, so elegant, wie man sie kaum in Biarritz findet, Privatvillen mit den eindrucksvollsten Fassaden, alles lüftet äppigsten Reichtum und Luxus. Nach dem architektonischen Stil sind Montreux und St. Moritz (schweizerische Sommerfrischen) gegen das mondäne rumänische Weltbad Calimaneski. Unmittelbar hinter den überleganten Villen beginnt wieder die Welt der windstiefen, verträubelten Hütten und in diesem unmittelbaren Nebeneinander gibt sich ein so großer Gegensatz kund, daß man förmlich die offene Wunde des rumänischen Lebens klaffen sieht. Die windstiefen Hütten haben aber auch hier ummautes Leid erfahren, das ihr angeborenes Leid noch verschlummert, während die ragenben Paläste und luxuriösen Villen unberührt dastehen in aller Pracht und Eleganz. Nur ein Hotel hat daran glauben müssen, sein Erdgeschloß hat sich in einen Pferdestall verwandelt. In den Villen sieht aber der prunkende Hausat unberührt.

Das große Kontrastbild, das sich in Calimaneski bietet, zeigen übrigens in verschiedenartiger Abtönung alle rumänischen Städte, die ich auf dieser Fahrt sah. Man fährt in Rumänien ein und hat zunächst den wühlenden Eindruck von gartenumschriebenen Villen. Dazwischen sieht man Bankpaläste und anspruchsvolle öffentliche Gebäude, dann geht man ein paar Schritte weiter und glaubt sich in das Elendviertel einer orientalischen Stadt versetzt,

da wo sie am mächtigsten und am meisten verwehrtest ist. Nicht anders aber ist Latina und noch ärger ist Pitesti. Zwischen Rimnica und Latina war vom Kriege kaum noch etwas zu merken. So rasch ist die Offensive, von Calolova aus durchbrechend, über den Ort hinübergefahren, daß alles, was noch diesseits des Flusses liegt, heute schon wie friedliches Hinterland anmutet. Man fährt dort muntereelenen durch die Dörfer und glaubt sich feindlicher Stimmungen versehen zu müssen; aber die Bauern grüßen freundlich und ihre Abneigung gegen den Eindringling wird wohl nicht größer sein als ihre Abneigung gegen die Herrenschaften, die ihnen die Suppe eingebracht haben. Auf diese Persönlichkeit wird allenthalben, insbesondere aber in den Städten, derzeit mächtig geschimpft.

Latina war wegen des umliegenden Hügelgeländes, das die walachische Ebene weithin beherrscht, der Hauptstützpunkt der rumänischen Ortsverteidigung. Es wurde einfach südlich umgangen und es hätte den Rumänen nichts, daß sie die große Eisenbrücke, die dort den dreien Fluß überquert, durch Absprengung eines Mittelstückes in ein Gerümpel aus zerbrochenen, traurig in das Wasser hineinhängenden Stahlträgern verwandelt haben. Der Flußübergang konnte doch nicht verhindert werden und bald hatten die Verteidiger der Latinafestung den Angreifer im Rücken. Worauf sie schleunigst abzogen, nachdem sie noch vorher alle militärischen Getreidevorräte angezündet hatten. Das taten sie zwei Tage später in Pitesti; der Schaden aber, den sie damit anrichteten, ist in Anbetracht der bedeutenden Getreidemengen, die sich überall vorfinden, ganz unbedeutend. Latina ist im Kampfe durch Artilleriefuer ein wenig beschädigt worden; auf die Bewachner hat aber die Beschädigung so gewaltigen Eindruck gemacht, daß sie glauben, es seien gegen ihren Ort die berühmten Zweimündwiger in Aktion gewesen. Pitesti ist dagegen von den Rumänen fast kampflös geräumt worden; nur eine Feuermauer sah ich, die mit dem Zerfallbild eines Schrapnellschiffes gezeichnet war. Die Bewohner von Pitesti — die reicheren sind natürlich geflohen — schienen sich an die neue Ordnung der Dinge schon angepaßt zu haben. Sie wissen sich schon alle der Vorkarren zu bedienen, die Läden sind zum großen Teil wieder geöffnet. Sie haben sich sogar an den traurigen Anblick ihrer gefangenen Landsleute, die in langen Rügen durch die Straßen geführt werden und die man dort sehr notwendige Reinigungsarbeiten verrichten läßt, einigermaßen gewöhnt. Schon seit vier Tagen behaupten die Pitestiner unaufrichtig, daß Bularek schon gefangen sei, und es scheint, daß sie das begehrend wünschen, weil sie glauben, der Fall der Hauptstadt bedeute das Ende dieses unglückseligen Abenteuers und den Frieden.

Französische Angriffe am „Toten Mann“ — Deutsche Angriffe in Ostsiebenbürgen — In der Walachei Verfolgung gegen Braila und Jocsani.

Amlich. Großes Hauptquartier, 30. Dezember 1916. (W. Z. V.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht
Nordwestlich von Vise, an der Somme — vornehmlich auf dem Nordufer — und in einzelnen Abschnitten der Aisne-Front nahm zeitweilig das Feuer zu. Mehrfach wurden Vorposten englischer und französischer Patrouillen abgewiesen.

Seeresgruppe Kronprinz.

Auf dem linken Maas-Ufer führten die Franzosen gegen die von uns gewonnenen neuen Linien am „Toten Mann“ im Laufe des Tages mehrere, durch starke Feuerwellen eingeleitete Angriffe, die sämtlich abgewiesen wurden.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Bei ungünstiger Witterung die gewöhnliche Graben-Kampftätigkeit.

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph.

In den verschneiten Waldkarpaten erfolgreiche Patrouillengänge deutscher Jäger.

Im siebenbürgischen Grenzgebirge drängen die deutschen und österreichisch-ungarischen Angriffstruppen trotz hartnäckigen Widerstandes in verschanzten Stellungen und trotz starker Gegenwehr, bei denen der Russe 10 Offiziere, 650 Mann und 7 Maschinengewehre in unserer Hand sich weiter vorwärts.

Seeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Unsere unermüdeten Truppen folgen dem auf der ganzen Front zwischen Gebirge und Donau weichenden Feind. Sie stehen in fortschreitendem Kampf in der Linie nordöstlich Bizirul—Satesti (am Buzaul)—Slobozia (halbwegs Rimnicul Sarat—Plaginesil).

annähernd 30 000 Weibarten, etwa 6000 Feldessensbehältnissen, 200 Ballen Sohlenleder, 500 Rollen Stacheldraht.

An Deck hatte das Schiff außerdem eine größere Anzahl (147 Stück) Stahlflaschen mit Flüssigkeit zur Erzeugung giftiger Gase geladen. Die Sprengstoffladung war in Kisten mit der Aufschrift „High explosive“ (höchst explosiv) verpackt.

Es ist jedenfalls bemerkenswert, daß amerikanische Firmen auch giftige Gase in die Liste ihrer Lieferungen für Deutschlands Feinde aufgenommen haben und diese Gifte fabrikmäßig im Großbetriebe herstellen.

Welche hervorragende seemannische und militärische Leistung es ist, einen mit hochgradig explosiven Stoffen überladenen Dampfer mit einer im höchsten Grade unzuverlässigen, auflässigen, an Zahl mehrfach überlegenen Besatzung weit über 1000 Seemeilen hinweg über ein von feindlichen Kriegsschiffen und Wachschiffen umwimmertes Gebiet in einen deutschen Hafen einzubringen, wird der Leser selbst ermessen können.

Der absolute Wert der Munitionsladung des „Suchan“ beläuft sich auf ungefähr 20 Millionen Mark; der relative Wert für Rußland und damit auch der Verlust ist jedoch ein weit höherer. Dr. Dillon, der bekannte englische Publizist und sehr gute Kenner der russischen Verhältnisse, erklärte kürzlich, daß in ganz Rußland bisher nur etwa 30 000 Geschosse am Tage hergestellt werden können; mithin würde die an Bord des „Suchan“ befindliche Geschossmunition allein der Wochenproduktion der gesamten russischen Kriegsindustrie gleichkommen.

Kaiserlicher Erlaß an Heer und Marine.

Wie amtlich gemeldet wird, ist an Heer und Marine folgender Neufahrerlaß ergangen:

Wiederum liegt ein Kriegsjahr hinter uns, hart an Kämpfen und Opfern, reich an Erfolgen und Siegen.

Die Hoffnungen unserer Feinde auf das Jahr 1916 sind zerschanden geworden. Alle ihre Anstürme in Ost und West sind an Eurer Tapferkeit und Hingabe zerstoßen!

Der jüngste Siegeszug durch Rumänien hat durch Gottes Fügung wiederum unabweisliche Lorbeeren an Eure Fahnen geheselt.

Die größte Seeschlacht dieses Krieges, der Sieg am Skagerrak, und die kühnen Unternehmungen der U-Boote haben Eurer Marine Ruhm und Bewunderung für alle Zeiten gesichert.

Ihr seid siegreich auf allen Kriegsschauplätzen zu Lande wie zu Wasser!

Mit unerschütterlichem Vertrauen und stolzer Zuversicht bildet das dankbare Vaterland auf Euch. Der unerschütterliche kriegerische Geist, der in Euren Reihen lebt, Euer Jähzorn, nimmer ermattender Siegeswille, Eure Liebe zum Vaterlande bürgen wir dafür, daß der Sieg auch im neuen Jahre bei unseren Fahnen bleiben wird. Gott wird auch weiter mit uns sein!

Großes Hauptquartier, den 31. Dezember 1916.

Wilhelm.

Auch der König von Bayern hat einen Tagesbefehl erlassen. Es heißt darin: „Wenn der Feind die Hand, die wir im Gefühl unserer Stärke dargeboten haben, zurückstoßen sollte, so werden wir den Frieden, den er uns verweigert, erzwingen.“

Der deutsche Angriff in Siebenbürgen und Rumänien.

Der russische Frontbericht vom 28. Dezember meldet von der Moldau-Front: Der Feind nahm mit beträchtlichen Kräften die Offensive auf der Front vom Dorfe Glashütte bis Soosmezö auf und besetzte, nachdem er unsere Mannschaften zurückgedrängt hatte, einen Teil der Höhen nördlich und südlich des Dostians- und Oituzales östlich von Soosmezö. Der Kampf geht dort fort. Die feindliche Offensive wurde südlich Soosmezö durch unser Feuer zum Stehen gebracht. Eine unserer Batterien schob ein feindliches Flugzeug ab, das in der Gegend von Tluu zur Erde fiel. Führer und Beobachter wurden gefangen genommen.

Von der rumänischen Front wird berichtet: Nach hartnäckigem Widerstand wurden unsere Truppen unter dem Druck überlegener feindlicher Kräfte auf dem Abschnitt längs der Bahnlinie in der Gegend Rimnicul-Sarat zurückgedrängt und gezwungen, sich auf den Rimnicul-Nuß zurückzuziehen. Feindliche An-

Mazedonische Front.

Nur kleine Gefechte von Streifabteilungen in der Struma-Ebene.

Der Erste Generalquartiermeister, Lubendorf.

Sulesti liegt am Buzau, zwischen Dealu und Rimnicul Sarat, in Linie etwa gleichweit von beiden entfernt. Bizirul liegt südlich von Sulesti, nach der Donau zu. Plaginesil liegt nördlich von Rimnicul Sarat, halbwegs zwischen diesem Ort und Jocsani.

Abendbericht.

Amlich. Berlin, 30. Dezember abends. (W. Z. V.)
Bisher keine besonderen Ereignisse gemeldet.

Der österreichische Bericht.

Wien, 30. Dezember 1916. (W. Z. V.) Amlich wird verlautbart:

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die in der walachischen Ebene vordringenden verbündeten Streitkräfte haben in ununterbrochenem Kampfe die Linie Bizirul—Satesti und zwischen Rimnicul-Sarat und Plainedel den Raum von Slobozia gewonnen. Westlich von Plainedel nähert sich die Kampfgruppe des Generals von Kraft den Bergfähen. Österrösch-ungarische Bataillone nahmen hier dem Feind zwei 10-Zentimeter-Geschütze ab.

Der Südkügel der Seeresgruppe des Generaloberst Erzherzog Joseph hat trotz dem zähen feindlichen Widerstand erneuert beträchtliche Fortschritte erzielt. Russische Gegenposten wurden abgeschlagen, 10 Offiziere, 650 Mann und 7 Maschinengewehre als Tagesbeute eingebracht.

Nördlich des Uj-Tales scheiterte ein schwächerer russischer Angriff.

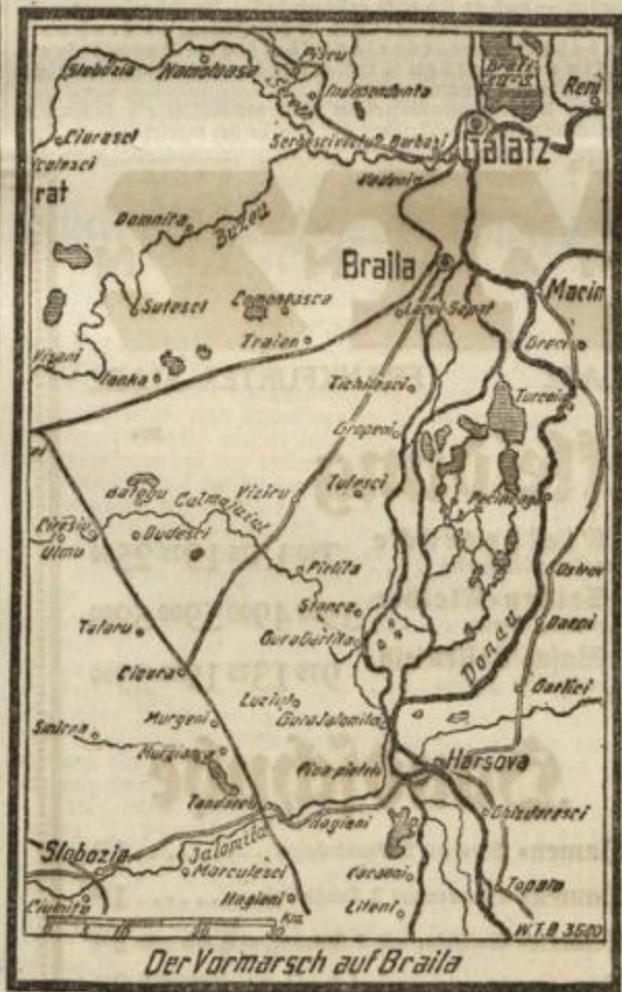
Nordwestlich von Jatsoc führten unsere Offizierpatrouillen mit Erfolg gegen die feindlichen Stellungen vor.

In Wolhynien hat eines unserer Luftgeschwader das Waldlager östlich von Sadom mit Bomben belegt.

Italienischer und Südöstlicher Kriegsschauplatz. Nichts von Belang.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, v. Hoefer, Feldmarschalleutnant.

griffe an der Donau wurden mit großen Verlusten zurückgeschlagen. Westlich von Biziru nahmen englische Panzerautomobile hervorragenden Anteil an der Abweisung der feindlichen Angriffe. Der tapfere Kommandant der englischen Automobiltabteilung wurde am 26. Dezember im Laufe des Gefechts verwundet, als er die Angriffe der Feinde abwehrte. Jedoch schon am 27. Dezember leitete er von neuem den Kampf seiner Panzerautomobile, die den Feind veranlaßten, die Flucht zu ergreifen.



Aus der Dobrudzja wird gemeldet: Angriffe des Feindes auf unsere Front wurden überall durch unser Feuer abgeschlagen, außer an den Stellungen bei dem Dorfe Machel, das vom Feinde in Besitz genommen wurde.

Von der rumänischen Front heißt es: Der Feind griff die Rumänen auf der Front nördlich und südlich des Rasinflusses nahe der rumänischen Grenze sowie westlich von Sobese an und drängte sie eine Weile östwärts zurück. In der Gegend von Rippen und Kostoutra, 30 bzw. 15 West nördlich von Rimnicul Sarat wurden die Kämpfe fortgesetzt. Alle Angriffe wurden durch die Rumänen abgeschlagen. Rumänische Abteilungen und die untrigen, die eine Stellung auf dem linken Ufer des Rimnicul besetzten, schlugen alle Angriffe des Feindes tapfer im Gegenangriff zurück. Ebenso wurden alle Angriffe im Abschnitt von der Eisenbahn bei Rimnicul Sarat bis Boldu südlich von Rimnicul Sarat abgeschlagen, wo der Feind durch unsere energischen Gegenangriff zurückgedrängt wurde. Im Laufe des Tages machte der Feind in Stärke von etwa 2 Divisionen einen Angriff in der Richtung auf das Dorf Amara, 10 West südlich von Boldu, aber gegen Ende des Tages lauete der Kampf ab. Bei dem Dorf Filipesti schlugen wir einen feindlichen Angriff ab. In den übrigen Abschnitten Artilleriefeuer.

In der Dobrudzja machte der Feind auf der ganzen Front Angriffe auf unsere Posten.

Englands militärische Mehrleistungen.

London, 30. Dezember. (T. U.) Der Militärkritiker der „Times“, Oberst Kepington, spricht in einem längeren Artikel über die Aufgaben, welche England im Landkriege nach obliegen. England müsse sich bereithalten, in den letzten Operationen des Krieges eine wichtigere Rolle zu spielen als bisher. Die Armeen Frankreichs seien noch in voller Stärke, aber die nach vorhandenen Reserven seien nicht mehr so groß als England es wünschen könnte. Rußland habe noch große Reserven an Menschennmaterial, aber alles komme auf die Ausrüstung, auf die Anzahl der schweren Kanonen und das technische Material an; denn Armeen, die in dieser Hinsicht so schlecht ausgerüstet seien wie die russische bisher, hätten nicht den halben Wert, den sie haben könnten. Eine gebräuchliche innere Organisation, ein ziemlich armes Eisenbahnnetz ständen der schnellen Entwicklung der Volkskraft Rußlands im Wege, und man müsse die Leistungen Rußlands nicht übertrieben. Trotzdem falle es nicht leicht, die Anzahl seiner Felddivisionen bedeutend auszubreiten und obwohl die Mobilisation seiner Industrie große Fortschritte mache und die Anzahl seiner schweren Geschütze schon zunehme, so sei wegen der Beschränktheit seiner Grenzen ein Offensivkrieg eine langsame und schwere Operation. Rumänien, Serbien und Belgien könnten nicht mehr tun, als sie bereits getan hätten, und von Portugal dürfe man keine großen Truppenkontingente erwarten. Deshalb sei es Englands Aufgabe, eine wichtigere Rolle als bisher im Landkriege zu spielen. Während England seine meisten Truppen für die Entsehung auf den Hauptkriegsschauplätzen heranziehe, sei es die Aufgabe der indischen und afrikanischen Truppen, die Macht der Türken zu vernichten.

Der Oberst Kepington ist in England mit seiner Kritik oft als Schredenskind empfunden worden. Die Einschätzung, die er jetzt den Bundesgenossen Englands zuteil werden läßt, dürfte wieder zu ähnlichen Wirkungen führen.

Englische Arbeiter gegen farbige Arbeit.

Der „New Statesman“, das Organ der Fabier, stellt fest: Der Gedanke einer Einfuhr schwarzer Arbeitskräfte in großem Maßstabe aus den englischen afrikanischen Besitzungen nach England ist bis auf weiteres ausgegeben. Organisierte Bataillone solcher Arbeiter sind von der englischen Regierung schon für den Dienst hinter der englischen Front in Frankreich aufgestellt worden und beträchtliche Nachschube sind unterwegs.

Ein Plan für ihre Verwendung in England war in Einzelheiten ausgearbeitet und gegen Zuspätkommen der Geheimhaltung verschiedener Ausschüssen von Gewerkschaftsführern unterbreitet worden. Der Vorschlag führte zu hitzigen Erörterungen und sehr nachdrücklichen Warnungen vor einem Ausbruch der Arbeiterklasse, der darauf folgen würde. Der Plan fand bei der parlamentarischen Arbeiterpartei keine Unterstützung; man konnte sie sogar nicht davon zurückhalten, ihren einstimmigen ablehnenden Beschluß zu veröffentlichen.

Als schließlich Lloyd George die Arbeiterpartei aufforderte, die sechs Stellen in seiner Regierung einzunehmen, versicherte er den Anwesenden ausdrücklich, daß jeder Gedanke an die Einfuhr farbiger Arbeiter nach England endgültig aufgegeben sei.

Der „New Statesman“ fügt hinzu: Solange die wohlhabenden Klassen zu Ausgaben für ihr eigenes Wohlbedagen ein sich auf mehrere hundert Millionen Pfund Sterling belaufendes Einkommen behalten dürfen, halten sie tatsächlich mehrere Millionen weicher Männer und Frauen, die die Regierung sonst für Kriegsarbeit verwenden könnte, in ihren Diensten, sei es zur persönlichen Bedienung, sei es zur Verkleidung ihrer Luxusbedürfnisse. Solange nicht die Regierung jedes Privateinkommen über 500 Pfund beschlagnahmt hat und dennoch die vorhandenen Arbeitskräfte unzureichend findet, darf eine so erulte gesellschaftliche und wirtschaftliche Neuerung wie die Einfuhr farbiger Arbeitskräfte nicht einmal in Betracht gezogen werden.

Neuer Eisenbahnerstreik in Amerika.

Amsterdam, 30. Dezember. (T. U.) Aus New York wird berichtet: Ein Arbeiterführer erklärte, daß 400 000 Eisenbahnarbeiter zusammenkommen und beschließen werden, welche Maßnahmen ergriffen werden sollen, falls das neue 8-Stunden-Arbeitsgesetz aus irgendeinem Grunde später als am 1. Januar in Kraft trete. Man erwartet bestimmt, daß eine Resolution zugunsten eines Streiks angenommen werden wird.

Ein Teuerungskongress in Stockholm.

In Stockholm wurde am Freitag ein Teuerungskongress eröffnet, auf dem die Gründe der ständig zunehmenden Teuerung in Schweden und die Mittel zur Abhilfe besprochen werden sollen. Am Kongress nehmen ungefähr fünfhundert Vertreter der Konsumvereine und die Lebensmittelämter des ganzen Landes teil.

Letzte Nachrichten.

Frankreichs Kriegsfinanzen.

Im französischen Senat gab, wie die „Frkf. Ztg.“ meldet, Ribot bei der Diskussion der provisorischen Kredite für das erste Vierteljahr 1917 ein Exposé über die finanzielle Lage Frankreichs, verlagend zu den anderen Kriegführenden Ländern. Unsere Schuld, sagte der Minister, erhöhte sich um 49 Milliarden. Die konsolidierte Schuld beträgt 73 Milliarden. Das Ergebnis der letzten Anleihe beträgt genau 11 608 Milliarden, davon 10 109 Milliarden eingezahlt mit 54 Proz. Bargeld. Obwohl diese Ergebnisse befriedigend seien, müsse man die ausländische Schuld aufmerksam überwachen. Die schwebende Schuld (Bons des Etatschages und der nationalen Verteidigung) beträgt 12 Milliarden. Die größten Schwierigkeiten bestehen in der Bezahlung der Anleihen im Auslande, zu deren Deckung England und Frankreich die größten Anstrengungen machen.

Alkoholmonopol in England.

London, 30. Dezember. Die „Ball Wall Gazette“ sagt in ihrer Ausgabe von gestern abend, daß, nachdem der Staat die vollständige Kontrolle über die Eisenbahnen, die Kohlenzechen und die Schifffahrt sich angeeignet habe, jetzt auch der Plan besteht, den Handel mit alkoholischen Getränken in eigene Verwaltung zu nehmen. Man ist allgemein der Meinung, daß der Plan besteht, wonach alle Brauereien, Brennereien, Wirtschaften usw. durch den Staat verstaatlicht werden sollen. Dies werde eine der ersten Gesetzesvorlagen im neuen Jahre bilden. Im vorigen Jahre wurde von Lloyd George bereits auf die Notwendigkeit dieser Maßnahmen hingewiesen. Der Wert aller Brauereien, Brennereien und Wirtschaften in England und Wales allein wird auf 250 Millionen Pfund Sterling geschätzt. Wie man sagt, werden die Anteile gegen den Marktwert in Regierungseffekten von gleichem Werte und mit festen Zinsen eingetauscht werden.

Gewerkschaftliches.

Hilfsdienstgesetz und Arbeiterausschüsse.

Eine im Hilfsdienstgesetz bestehende Bestimmung wird in Arbeiterkreisen vielfach noch nicht genügend beachtet. Es ist das der Zwang zur Bildung von Arbeiterausschüssen in den Betrieben.

Nach den Bestimmungen der Gewerbeordnung § 134h waren Arbeiterausschüsse in den Betrieben bisher schon zulässig. Es war aber in das Belieben des Unternehmers gestellt, ob er in seinem Betriebe Arbeiterausschüsse anerkennt oder nicht. Mit dieser Willkür hat das Gesetz jetzt insofern ausgeräumt, als nach § 11 des Hilfsdienstgesetzes bestimmt ist, daß in Betrieben mit mindestens 50 Beschäftigten ein Ausschuss eingesetzt werden muß.

Dadurch sind alle die Unternehmer, die mindestens 50 Personen beschäftigen, verpflichtet, Ausschüsse zu schaffen. Wo solche Ausschüsse schon bestehen, werden sie nun durch das Gesetz zu anerkannten Einrichtungen, in denen alle Arbeiterangelegenheiten zu erledigen sind. Diese gesetzliche Verpflichtung zur Bildung von Ausschüssen ist gegenüber dem früheren Zustand ein unverkennbarer Fortschritt. Nach § 12 des Gesetzes gehört es zu den Obliegenheiten der Arbeiterausschüsse, das gute Einvernehmen innerhalb der Arbeiterschaft des Betriebes und zwischen den Arbeitern und den Unternehmern zu fördern. Das soll dadurch geschehen, daß die Ausschüsse Anträge, Wünsche und Beschwerden, die sich für die Arbeiter aus den Betriebseinrichtungen, den Lohn- und Arbeitsverhältnissen des Betriebes usw. ergeben, zur Kenntnis des Unternehmers bringen und sich darüber zu äußern haben. Dem Unternehmer ist die Verpflichtung auferlegt, auf Verlangen von mindestens einem Viertel der Mitglieder des Ausschusses eine Sitzung anzuberäumen, zu der die von den Arbeitern gestellten Anträge als Beratungsgegenstände auf die Tagesordnung gesetzt werden müssen. Kommt es in einem Betriebe über Lohn- oder Arbeitsbedingungen zu Streitigkeiten und kann darüber eine Einigung zwischen dem Unternehmer und dem Arbeiterausschuss nicht zustande kommen, so kann der Unternehmer sowohl wie die Arbeiter den für den Bezirk der zuständigen Erbschaftskommission geschaffenen Ausschuss als Schlichtungsstelle anrufen.

Zu diesen Arbeiterausschüssen haben auch die Arbeiterinnen, sofern sie über 21 Jahre alt sind, das Wahlrecht, ebenso können Arbeiterinnen als Mitglieder des Ausschusses gewählt werden.

Ein öffentlicher Hinweis auf diese Neuschaffung im gewerblichen Arbeitsvertrag erscheint uns nochmals notwendig, um Arbeiter und Arbeiterinnen zur Wahl der Arbeiterausschüsse aufzufordern.

Deutsches Reich.

Die Königsberger Gewerkschaften für das Hilfsdienstgesetz.

Während der sozialdemokratische Wahlverein in Königsberg i. Ostpr. nach einem Referat des Reichstagsabgeordneten Daake die Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft zum Hilfsdienstgesetz billigte, hat sich die größte Königsberger Gewerkschaftsorganisation, der Bauarbeiterverband, der ein Drittel der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Königsbergs stellt, bedingungslos auf

die Seite der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gestellt. Nach einem Referat des Bezirksleiters Lübbring nahm die gutbesuchte Versammlung gegen eine Stimme eine Resolution an, in der sie der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion für ihre wirksame Vertretung der Arbeiterinteressen bei der Beratung des Hilfsdienstgesetzes sowie für ihre Stellungnahme zu diesem Gesetz Dank und Anerkennung ausdrückt. Die Versammlung gab auch der Meinung Ausdruck, daß die durch das Hilfsdienstgesetz erhoffte Wirkung nur erzielt werden kann, wenn in der Kriegsernährungspolitik andere, der Arbeiterschaft freundlichere Wege eingeschlagen werden. Der Lebensmittelwucher müsse unmöglich gemacht, die Ernährung der Arbeiter zur Steigerung ihrer Arbeitsleistung sichergestellt werden. Die Versammlung erklärte, daß sie zur Reichstagsfraktion das Vertrauen habe, daß sie ihre in dieser Richtung liegende bisherige Tätigkeit mit der gewohnten Energie weiter ausüben werde.

Einige Tage vorher hatte eine Sitzung des Gewerkschaftsartikels den gleichen Standpunkt eingenommen. Eine Ausnahme machten die Vertreter zweier kleiner Organisationen, die der Tapezierer und der Handlungsgehilfen.

Berlin und Umgegend.

Hilfsdienstpflicht und Erwerbslosenfürsorge im Schneidergewerbe.

Vielfach wird die Ansicht ausgesprochen, daß das Hilfsdienstpflichtgesetz im Schneidergewerbe Änderungen herbeigeführt hätte, wonach die Erwerbslosenfürsorge nicht mehr zu zahlen sei. Demgegenüber muß darauf hingewiesen werden, daß die Erwerbslosenfürsorge nach wie vor weiter besteht. Es kann auch keine Rede davon sein, daß dieselbe aufgehoben werden kann, da ja die Voraussetzungen für ihr Fortbestehen weiter gegeben sind.

Die Erwerbslosenfürsorge soll bezwecken, daß den im Schneidergewerbe ganz oder teilweise arbeitslos gewordenen Arbeitern zuteil wird. Die Erwerbslosigkeit tritt als Folge der Stoffbeschlagnahme, der Verkürzung der Arbeitszeit oder der Bezugsjahre ein. In diesem Falle ist dem oder den Betroffenen unbedingt Unterstützung zu zahlen. Durch das Hilfsdienstgesetz ist eine Änderung im Beschäftigungsgrad im Schneidergewerbe nicht zu erwarten, da hier vorwiegend weibliche Arbeitskräfte in Betracht kommen, die dem Hilfsdienstgesetz bekanntlich nicht unterstellt sind. Es besteht daher nach wie vor die Voraussetzung für die Gewährung der Erwerbslosenfürsorge. Was etwa als durch das Hilfsdienstgesetz herbeigeführte Änderung angesehen werden könnte, besteht für das Schneidergewerbe auch ohne das Hilfsdienstgesetz. Personen, die erwerbslos werden, sind nach dem Gemeindebeschluss der Stadt Berlin verpflichtet, jede für sie geeignete Arbeit anzunehmen. Auf Grund dieser Vorschrift würden also auch die ohne Beschäftigung Geduldeten in der Kriegindustrie untergebracht werden. Wer trotzdem ohne Beschäftigung bleibt, ist zu unterstützen. An dieser Sachlage dürfte sich auch dann nichts ändern, wenn etwa die beschränkte Arbeitszeit im Schneidergewerbe aufgehoben werden sollte, wie dies neuerdings angefragt wird.

Die Arbeitslosen sind jedoch verpflichtet, sich auf den Arbeitsnachweisen regelmäßig zu melden, um Arbeit zu bemühen und jede geeignete Arbeit anzunehmen.

Es ist in letzter Zeit auch vorgekommen, daß jemand freiwillig die Arbeit aufgibt und dann Anspruch auf Gewährung der Erwerbslosenfürsorge stellt. In diesem Falle wird die Erwerbslosenfürsorge nicht gewährt. Falls bei der betreffenden Firma keine Arbeitsgelegenheit besteht, so sind die Arbeiter in den Listen weiterzuführen. Hören sie in solchem Falle selbst auf oder werden entlassen — was an sich nicht erfolgen soll —, so stoßt ihnen die Erwerbslosenfürsorge zu. Nur in den Fällen, wo trotz vorhandener Arbeitsgelegenheit die Arbeit freiwillig aufgegeben wird, erhält der Betreffende keine Erwerbslosenfürsorge.

Den Unterstützungszweckern wird gewöhnlich ein bestimmter Arbeitsnachweis vorgeschrieben, bei dem sie sich regelmäßig zur Kon-

trolle zu melden haben. Sie können jedoch auch die Nacharbeitsnachweise besuchen und von dort aus Arbeit annehmen. In diesen Fällen gilt aber der Besuch des Nacharbeitsnachweises nach als Ersatz dafür, daß die vorgezeichnete Arbeitsnachweisstelle zur Abstempelung der Erwerbslosenfürsorge nicht aufgesucht wurde. Der Besuch des Nacharbeitsnachweises soll dem Betroffenen nur leichter möglich machen, eine Arbeitsstelle in seinem Gewerbe zu finden. Es schließt dies aber nicht aus, daß er auch eine geeignete Arbeit außerhalb seines Berufes, die ihm von einem anderen Arbeitsnachweis angewiesen wird, annehmen muß. Es sei nochmals betont, daß die teilweise Arbeitslosen, die entweder während der 40tägigen Arbeitszeit einen Lohnausfall gegenüber dem Durchschnittslohn haben, der für ihre Lohnberechnung maßgeblichen Zeit haben, oder infolge zu geringer Beschäftigung weniger verdienen, Anspruch darauf haben, daß ihnen der Lohnausfall bis zu 18 M. die Woche vergütet wird. In allen diesen Fällen müssen sich die Arbeiter und Arbeiterinnen wegen Zahlung der Unterstützung an ihren Arbeitgeber wenden. Weigert sich der Arbeitgeber, die Unterstützung zu zahlen, so ist Beschwerde an den Magistratskommissar für die Erwerbslosenfürsorge im Schneidergewerbe, Berlin, Stralauer Str. 3-6, zu richten.

Gerichtszeitung.

Die Probezeit. Ein Mechaniker, der von einer Firma „auf Probe“ eingestellt war, wurde, nachdem er neun Wochen im Betriebe der Firma beschäftigt war, ohne Kündigung entlassen. Als er vor dem Gewerbeamt die Zahlung der Kündigungsfrist forderte, meinte der Vertreter der Firma, bei einer Probezeit gebe es doch keine Kündigung. — Dagegen stellte sich das Gericht auf den Standpunkt, daß man bei einer Arbeitsdauer von neun Wochen nicht mehr sagen könne, daß sei noch eine Probezeit. Nach einer so langen Arbeitsdauer müsse das Zustandekommen eines festen Arbeitsverhältnisses angenommen werden. Der Anspruch des Klägers sei deshalb berechtigt. — Dem Rat des Vorsitzenden folgend, zahlte die Firma dem Kläger die Hälfte seiner Forderung.

Ein Ingenieur als Warenhausdieb. Zu einem förmlichen Kampf zwischen Aufsichtsdame und Warenhausdieb kam es eines Tages in einem Warenhaus in der Leipziger Straße. Die Aufsichtsdame war auf ein verdächtiges Paar, einen Herrn und eine Dame, aufmerksam gemacht worden und hatte dann beobachtet, daß der Herr ein seidenes Kleid in die Tasche seines über dem Arm hängenden Mantels hineinsteckte. Als sie jetzt hinzutrat, hörte sie noch die Dame die Worte sprechen: „Jetzt kommt sie“; jedoch kam diese Warnung zu spät, denn die Verkäuferin konnte das Kleid noch rasch aus der Tasche herausziehen. Zunächst gingen beide auf ihre Anforderung ruhig mit der Angestellten mit; kurz darauf zog es aber die unbekannte Dame vor, plötzlich zu verschwinden. Das gleiche verfuhr dann auf einer Treppe der Herr. Die Aufsichtsdame hielt ihn jedoch fest, indem sie ohne Rücksicht zuschaltete und den Dieb gerade noch bei der Krawatte erwischte, die sie nicht mehr losließ. Es entspann sich nun ein Handgemenge, in dessen Verlauf sie einen so kräftigen Stoß vor die Brust erhielt, daß sie in Ohnmacht fiel. Trotzdem hatte der Mann mit der Flucht kein Glück, denn auf den Lärm herbeigeeilte Verkäufer nahmen ihn fest. Auf der Wache entpuppte er sich dann als der Ingenieur Richard Tauscher, der Vertreter verschiedener Fabriken sein will. Sein Geschäft schien jedoch nicht sehr einträglich zu sein, denn er hatte nur eine sogenannte „Gerichtsvollzieherwohnung“ und wurde deshalb in Haft genommen. Trotz seines ganz energischen Streikens und des Hinweises auf seine bisherige Unbescholtenheit verurteilte ihn dann das Schöffengericht Berlin-Mitte zu vier Monaten Gefängnis. Er legte dagegen Berufung ein und behauptete nun vor der 5. Strafkammer des Landgerichts I, es sei gar nicht möglich gewesen, ein ganzes Kleid in die Tasche zu stecken. Auf Veranlassung des Gerichts ließ aber die Aufsichtsdame eine Richtertüte in der Tasche des zur Stelle befindlichen Mantels gewandt und sicher verschwinden. Die Strafkammer verurteilte ihn daher wieder, ermäßigte aber die Strafe auf zwei Monate Gefängnis.

HERMANN

LEIPZIGER STRASSE ALEXANDERPLATZ FRANKFURTER ALLEE

Damenbekleidung

Winter-Paletots halblang 1575 1975 2950 3950
 Jacken-Kleider flotte Formen 4900 5900 6900 7800
 Mantel-Kleider aus warmen Stoffen ... 4900 6900 8500 9800

Kleiderrocke moderne Nacharten ... 790 1375 1975 2550
 Seiden-Kleider in vielen Farben 3950 4900 5900 6900
 Wasch-Boilekleid. verschiedene Fassons ... 975 1375 1975 2950

Blusen

Tüll-Bluse auf Futter in schönem Muster, sparsam verarbeitet 590
 Velvet-Bluse mit Seidenkragen, kleidsame Form 975
 Velvet-Bluse mit flott. Seidenkrag., schön verarb. 1575
 Bluse aus weicher Seide in verschied. Ausführungen 975
 Bluse aus Vallette-Seide mit modernem Kragen, in feinen Farben 1275
 Bluse aus guter Paillette-Seide, feine Nachart 1575

Handschuhe

Damen-Blacé mit 2 Druckknöpfen 125
 Damen-Schweden mit 2 Druckknöpfen 195
 Damen-Waschleder mit 2 Knöpfen, weiß und gelb 245
 Damen-Ziegenleder, mit 2 Druckknöpfen, schwarz-weiß weiß-schwarz 245
 Damen-Ziegenleder, mit 2 Druckknöpfen, farbig .. 275

Weißwaren

Blusenkragen, Spachtelkragen, Nackenrüschen, Eckenkragen, Tellerkragen usw.
 25 Pf. 45 Pf. 95 Pf.

Lederhandschuhe 145 195

lange, weiße, angeschmuhrt
 Herren-Schweden, 1 Druckknopf 145
 Herren-Schweden, stärkeres Leder 245

Unterröcke

Baumwolltrikot mit elegantem Atlas-Volant 975
 Baumwolltrikot mit schöngezog. Ansatz u. Rüsche ... 1175
 Halbtuch mit feingarniertem Volant 1375
 Taffet mit hochlegant gezogenem Ansatz ... 1875

Zur Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs

eröffnen wir in unserem Hause
Leipziger Straße
 am 2. Januar 1917

eine Gutschriften-Abteilung.

Ueber die geleisteten Einlagen, welche mit 4% p. a. verzinst werden, kann jeder Konto-Inhaber verfügen:

1. Beim Einkauf von Waren in allen Abteilungen unseres Hauses Leipziger Straße durch Zahlung mittels Entnahmescheine an sämtlichen Kassen.
2. Durch tägliche Bar-Abhebung an der Gutschriftenkasse, Leipziger Straße.

Die Bedingungen der Gutschriften-Abteilung sind an den Kassen zu haben und werden auf Wunsch durch die Post eingesandt.

Nähere Auskünfte an der Gutschriften-Abteilung.

Ferner Inventur-Ausverkauf

In den Abteilungen: Wirtschaftskunst * Glas * Porzellan

Sozialistische Friedensarbeit.

Von Philipp Scheidemann.

Das Jahr 1917 soll uns den Frieden bringen. Von der größten Bedeutung ist es natürlich, daß der Krieg möglichst bald zum Abschluß kommt. Das Frühjahr ist die Zeit der neuen Offensiven: das sagt genug. Gelingt es, den Frieden bereits im Frühjahr herbeizuführen, so heißt das Hunderttausenden das Leben retten, Millionen Müttern, Frauen und Kindern die Söhne, Männer und Väter erhalten. Das ist wahrhaftig Grund genug, alle Kräfte anzuspannen.

Was können wir Sozialisten für den baldigen Frieden tun? Genosse Troelstra hat es in seinem Weihnachtsartikel im „Vorwärts“ klar und deutlich zum Ausdruck gebracht:

„Der gewaltige historische Augenblick erfordert unbedingt Konzentration alles proletarischen Willens.“

Das Wort ist gut, es erinnert an eine der besten Lehren, die Lassalle uns hinterlassen hat.

Der Jahreswechsel zwingt auch den Politiker, Rechenschaft abzulegen, die Bilanz des Jahres zu ziehen. Haben wir deutschen Sozialisten im abgelaufenen Jahre unsere Pflicht und Schuldigkeit getan? Haben wir alle unsere Kräfte auf den einen Punkt, den wichtigsten, konzentriert? Ich glaube diese Frage mit einem lauten Ja beantworten zu dürfen, soweit die Politik in Betracht kommt, die von der Reichstagsfraktion, dem Parteiausschuß und dem Parteivorstand vertreten worden ist. Wir sind uns treu geblieben. Wir haben zu unserem Lande gestanden, um seine Verteidigung sicherzustellen, und wir haben unseren Grundätzen entsprechend nach besten Kräften für den Frieden gewirkt.

Als das neue Jahr begann, an dessen Ende wir jetzt stehen, wirkte noch die Aussprache über den Frieden nach, die wir im Dezember 1915 durch unsere Friedens-Interpellation im Reichstage veranlaßt hatten. Das Jahr klingt jetzt aus mit dem Friedensangebot der Zentralmächte, das wir seit Jahr und Tag gefordert hatten. Und dazwischen liegen unsere geschlossenen Willensumgebungen für einen baldigen Frieden auf der Grundlage einer Verständigung, unsere bestimmten Abweisungen aller Eroberungs- und Vergewaltigungsabsichten. „Wenn der Herr Reichskanzler sich nachträglich zu den Zielen des Grafen Westarp bekennen sollte, zu Zielen, deren Verwirklichung einen vielleicht möglichen baldigen Frieden hinausschieben müßte, dann — das kann ich mit Bestimmtheit sagen — wird der Herr Reichskanzler mit Herrn Dr. Spahn und dem Grafen Westarp den Krieg allein fortsetzen müssen.“ So erklärte ich am 6. April als Redner der Fraktion im Reichstage.

In bestimmter Form wurde dann die Politik der deutschen Sozialdemokratie auch von der Reichskonferenz, die Ende September in Berlin tagte, gutgeheißen:

„Die Reichskonferenz anerkennt die Pflicht der Bundesverteidigung... Sie weist alle gegen das Deutsche Reich und seine Verbündeten gerichteten Vernichtung- und Eroberungsziele der feindlichen Mächte zurück. Ebenso entschieden aber wendet sich die Sozialdemokratie auch gegen die Treibereien und Forderungen derer, die dem Kriege den Charakter eines deutschen Eroberungskrieges geben wollen. Sie verwirft grundsätzlich diese Politik... Die Sozialdemokratie tritt für alles ein, was geeignet ist, die europäischen Staaten auf den Weg zu einer engeren Rechts-, Wirtschafts- und Kulturgemeinschaft zu führen. Das Ideal eines dauernd gesicherten Weltfriedens bleibt der Leitstern ihrer Politik.“

Getreu dieser grundsätzlichen Auffassung hat die deutsche Sozialdemokratie ihre Friedensbereitschaft während des Krieges beibehalten und betätigt. Die Reichskonferenz bedauert, daß diese Bemühungen bei den Gegnern nicht den erhofften Widerhall gefunden haben. Nicht nur, daß die leitenden Staatsmänner der feindlichen Mächte jeden Gedanken an Frieden bis jetzt scharf zurückgewiesen und mit Verschmäthe- und Eroberungsdrohungen beantwortet haben, auch die offiziellen Vertreter der französischen Sozialdemokratie und der englischen Arbeiterpartei haben sich in dem gleichen friedensfeindlichen Sinne immer wieder ausgesprochen!

Um es immer wieder zu betonen: Wir standen und stehen für die Verteidigung unseres Landes ein; wir bekämpften und bekämpfen noch jegliche Eroberungsabsicht; wir waren und sind jederzeit bereit zu einem Frieden der Verständigung.

Für den französischen Sozialismus begann das Jahr mit den Berichten über den Pariser Weihnachtskongreß. Dieser hatte die Erwartung ausgesprochen, daß die deutschen Sozialdemokraten die Kriegskredite ablehnen und noch mehr tun müßten. Den französischen Abgeordneten wurde es dagegen zur Pflicht gemacht, die Kriegskredite zu bewilligen „als Mittel zum Siege“. Mit anderen Worten: die deutschen Sozialdemokraten sollten alles tun, um ihrem Lande die Niederlage zu bereiten, die französischen Genossen dagegen sollten alles tun, um der Entente den Sieg zu sichern. Was es wirklich so gemeint? Wir konnten es keinesfalls anders verstehen!

Und was hörten wir dann im Laufe des Jahres? „Ich halte mir die Ohren zu, wenn einer vom Frieden spricht!“ sagte Vandervelde, der als Minister des Königs von Belgien noch immer an der Spitze der sozialistischen Internationale steht. Und Renaudel, der Nachfolger von Jaurès in der „Humanité“ sowohl wie in der Deputiertenkammer, höhnte über die vom deutschen Reichskanzler befundene Friedensbereitschaft: „Vom Frieden sprechen, heißt das nicht um Frieden bitten?“

Es soll nicht verschwiegen werden, daß auch von einzelnen deutschen Sozialdemokraten ungerichtetes Zeug, das sich weder sozialistisch noch demokratisch rechtfertigen läßt, geredet und geschrieben worden ist. Aber was bedeuten die Entgleisungen einzelner im Vergleich mit den offiziellen Kundgebungen der Parteien! Und da vergleiche man die Friedensinterpellation der deutschen Sozialisten mit dem vorjährigen Weihnachtskongreß der französischen, die Entschlebung der deutschen Reichskonferenz mit dem neuesten Weihnachtskongreß der Franzosen!

Es ist wahrhaftig nicht angenehm, auf solche Vergleiche hinweisen zu müssen, aber wenn wir nicht klar sehen, laufen wir Gefahr, selbst unklar zu handeln. Und das wäre das verhängnisvollste, was wir beginnen könnten.

Was uns zur Stunde bekannt ist über die Beschlüsse des Sozialistenkongresses, der Weihnachten 1916 zu Paris unter Teilnahme der englischen, belgischen und französischen sozialistischen Minister Henderson, Vandervelde und Thomas abgehalten worden ist, ermangelt leider der wünschenswerten Klarheit. Allein, hält man sich an den amtlich übermittelten Wortlaut, dann geht aus der mit ungeheurer Mehrheit beschlossenen Resolution hervor, daß mehr von der Fortsetzung des Krieges „bis zum Neujahr“, als vom Friedenswillen gesprochen worden ist. „Der Kongreß stellt fest, daß die Note der Mittelmächte keinen wahrhaftigen Friedensvorschlag darstellt.“ Wie kam der Kongreß zu dieser Feststellung? Mit demselben Recht hätte er „feststellen“ können, daß wir niemals eine Friedensinterpellation eingebracht haben; daß Bethmann Hollweg niemals erklärt hat, er denke nicht an die Annexion Belgiens; er sei bereit, einem Internationalen Bölkerbund beizutreten, der Störenfriede im Jaume halten soll. Usw. usw.

Aber wir gehen wohl nicht fehl in der Annahme, daß auf Grund dieser „Feststellungen“ die große Mehrheit nicht zustande gekommen ist, vielmehr auf Grund der Sätze, in denen die Bereitschaft ausgesprochen wird, der Anregung Wilsons näher zu treten. Und das ist immerhin ein Lichtblick! Wir dürfen nicht vergessen, daß die Franzosen sich doch in wesentlich anderer Lage befinden, als wir, daß sie also auch manches anders sehen und beurteilen als wir. Dazu kommt der unheilvolle Einfluß Vanderveldes, der erst dann vom Frieden etwas hören will, wenn ganz Belgien vom Feinde befreit ist.

Das Unmögliche einmal als Tatsache angenommen: was glaubt denn Vandervelde, wie sein Vaterland aussehen würde, wenn die deutschen Soldaten schließlich aus Belgien vertrieben wären, nachdem sie Graben für Graben bis an die deutsche Grenze mit der Zähigkeit und Tapferkeit verteidigt hätten, die ihnen doch wohl auch ihre Feinde nicht abstreiten werden?

Das Verhalten der Sozialisten in Frankreich und Belgien ist ebenso schwer verständlich, wie das der englischen Arbeiterpartei. Daß an eine Annexion Belgiens nicht gedacht wird, ist bekannt. Daß Frankreich eigentlich keine Soldaten nur noch verbluten läßt, damit die Russen Konstantinopel bekommen, könnte das französische Volk auch längst wissen. Ja, und vor welcher Vergewaltigung fürchtet sich eigentlich England? Nimmt man die Beitrittserklärer der alldeutschen Zeitungen jenseits der schwarz-weißen Grenzpfähle ernst, als das in Deutschland geschieht? Das können wir nicht glauben. Deshalb bleibt nur diese Annahme übrig: man will den Krieg fortsetzen in der Hoffnung, die eigenen Pläne Deutschland gegenüber noch durchsetzen zu können. Daraus ergeben sich sowohl Konsequenzen für die Sozialisten in den Ententeländern als für diejenigen in den Ländern der Mittelmächte. Die ersteren müssen Front machen gegen ihre Kriegsbegehr, wie wir es mit Erfolg getan haben. Wir aber müssen der Erklärung unseres Willens zum Frieden ergänzen und mit aller Bestimmtheit hinzufügen, daß wir notgedrungen bis zum letzten Mann zur Verteidigung unseres Landes stehen werden, wenn die anderen den Frieden nicht wollen.

Rückkehr zur Friedenswirtschaft.

Von Heinrich Cunow.

Der Krieg hat unser ganzes Wirtschaftsleben umgewälzt und in neue Bahnen hineingezwängt. Daher kann auch nicht nach dem Friedensschluß sofort die frühere Friedenswirtschaft wiedererstehen. Wie alsbald nach dem Ausbruch des Krieges sich eine allgemeine Umstellung des ganzen deutschen Wirtschaftsgetriebes, eine Anpassung an die neuen Anforderungen des Heeresbedarfes wie an die veränderten Erzeugungs- und Absatzbedingungen des inneren Marktes nötig machte, die im weiteren Verlauf des Niesenkampfes zu einer immer stärkeren Ausweitung des Spiels der sogenannten freien Kräfte führte, so erfordert auch die Rückkehr zur Friedenswirtschaft wieder eine Umstellung, eine allmähliche Ueberleitung des unter dem Druck der Kriegsverhältnisse Gewordenen in den normalen Friedenszustand. Nicht alle Kriegswirtschaftlichen Einrichtungen werden zwar wieder verschwinden; manche werden sicherlich, wenn auch nicht genau in derselben Gestalt, wie sie die Kriegsnot hervorgerufen hat, mit in die Friedenszeit hinübergenommen werden; aber zweifellos werden die wirtschaftlichen Lebensbedingungen nach dem Kriege wesentlich andere sein, wie sie heute sind, vielfach auch andere, wie sie vor dem Kriege waren, und diesen neuen Bedingungen muß sich notgedrungen das wirtschaftliche Leben anpassen.

Aber solche Neuanpassung kann nicht dem planlosen Nebeneinander- und Gegeneinanderwirken einzelner wirtschaftlicher Kräfte überlassen bleiben. Die kapitalistische Wirtschaftsweise kennt kein einheitliches Gesamtinteresse; ihre Triebfeder ist der Eigennuß, das Einzelinteresse; und ihre „Ordnung“ setzt sich durch vermittelte stetiger Ueberwertung und Unterwertung der Waren, eines ständigen Ueber- und Unterangebots unter fortwährenden Produktions- und Marktschwankungen. Führt diese Eigenart der kapitalistischen Wirtschaft trotz ihrer angeblichen inneren Harmonie schon in Friedenszeiten immer wieder zu heftigen Wirtschaftskrisen, zur Vernichtung zahlreicher Existenzen, zu Betriebsstörungen, Arbeitslosigkeit, Vermögensverlusten usw., so würden sich solche Folgen erst recht einstellen in einer Zeit der erzwungenen Umstellung aller Produktionsverhältnisse, des Rückstromens massenhafter bisher im Heer gebundener Arbeitskräfte in ihre alten Betriebe, der Wiedereröffnung des uns zurzeit fast völlig verschlossenen Weltmarktes für den deutschen Aus- und Einfuhrhandel.

Es ist nicht nur nötig, daß bei der Entlassung der aus dem Felde zurückkehrenden Truppen in einer Weise verfahren wird, die eine Ueberfüllung der Arbeitsmärkte mit unbeschäftigten, brachliegenden Arbeitskräften möglichst ausschließt und diese dahin leitet, wo sie gebraucht werden, sondern daß auch die Wiederaufnahme der Warenherzeugung für den inneren und äußeren Markt, die Einfuhr der nötigen Rohstoffe, der Bezug fremder Nahrungsmittel, die Wiedereröffnung der Seeschifffahrt usw. in planvoller Weise erfolgt unter sorgfältiger Berücksichtigung des Interesses der gesamten Bevölkerung. Das Profitinteresse einzelner Berufsklassen, auch solcher, die während des Krieges zweifellos gelitten haben und nun gerne die sogenannte Friedens-

konjunktur zur Ausgleichung ihrer Verluste ausnützen möchten, darf in keinem Fall maßgebend sein. In Betracht kommt allein das Wirtschaftsinteresse der ganzen Staatsgemeinschaft.

Es kann deshalb auch nicht dem Belieben der einzelnen Industriezweige und Betriebe überlassen werden, sich sofort nach dem Kriegsende Rohstoffe zu verschaffen und das zu fabrizieren, wofür die Nachfrage günstig scheint. Die Folge würde nicht nur ein weiteres Hinaustreiben der Preise für die knapp gewordenen oder ganz aufgebrauchten aus dem Auslande zu beziehenden Rohmaterialien sein, sondern es würde auch die Herstellung von mancherlei Luxuswaren, für die zwar in den Kreisen der durch den Krieg reich gewordenen Erwerbsschichten eine gewisse Nachfrage besteht, die aber keineswegs zur Befriedigung irgendwelcher dringenden Gesamtbedürfnisse nötig sind, in den Vordergrund geschoben, während die Fabrikation anderer nützlicher Waren gebremst würde. Der einzelne Produzent fragt sich bei der Wiederaufnahme seiner industriellen Tätigkeit natürlich nicht: was ist am nötigsten für den Gesamtbedarf und was hilft den dringendsten Bedürfnissen ab, sondern was findet den besten Absatz und verspricht den höchsten Profit. Im Interesse der Volkswirtschaft liegt hingegen, daß nach dem Kriege der reine Luxuskonsum möglichst eingeschränkt wird, schon deshalb, damit neues Kapital akkumuliert wird, und ferner, daß zunächst jene Produktionszweige wieder flottgemacht werden, deren Erzeugung der Deckung des Massenbedarfs dient und in denen ein möglichst großer Teil der aus dem Felde zurückkehrenden Arbeiter lohnende Beschäftigung zu finden vermag. Und weiter kommt in Betracht, daß jene exportierenden Industriezweige wieder bald ihre Tätigkeit aufnehmen müssen, deren Erzeugnisse im Auslande auf vorteilhaften Absatz rechnen können, damit wir möglichst schnell die während der Kriegszeit ganz oder halb verloren gegangenen Auslandsmärkte zurückgewinnen und die nötigen Mittel zur Bezahlung der massenhaften Rohstoff- und Lebensmittelaufnahme erhalten, die sich alsbald nach dem Friedensschluß als eine der allerdringendsten Aufgaben der Uebergangswirtschaft erweisen wird.

Soll der zur industriellen Wiederrückführung nötige Import nicht zu einer weiteren Verschlechterung der Zahlungsbilanz und des Wechselkurses führen, so ist erforderlich, daß diesem Import ein vorteilhafter Export gegenübergestellt und überdies durch Abstoßung eines großen Teiles der zurzeit noch in deutschen Händen befindlichen ausländischen Wertpapiere sowie durch Verkauf deutscher Kriegsanleihen eine stärkere Nachfrage nach deutschen Zahlungsmitteln auf den ausländischen Geldmärkten hervorgerufen wird. Denn solange der deutsche Wechselkurs nicht den früheren Stand vor dem Kriege, die sogenannte Parität, wieder erreicht hat, muß Deutschland für alle Lebensmittel, Rohstoffe, Halb- und Fertigfabrikate, die es vom Ausland bezieht, diesem ein Aufgeld zahlen. Es produziert also auch entsprechend teurer als das Ausland und vermag daher mit diesem auf den auswärtigen Exportmärkten schlecht oder gar nicht zu konkurrieren.

Zunächst ist demnach nötig, daß die Landwirtschaft die nötigen Arbeitskräfte zurückerhält und mit Düngemitteln, Geräten und Maschinen usw. versorgt wird, um ihren Betrieb wieder voll aufnehmen zu können, ferner, daß die Erzeugung von Kohlen, Eisen- und Stahlwaren, Maschinen, chemischen Fabrikaten usw. erweitert, kurz die Ausdehnung jener Industriezweige gefördert wird, die nicht nur den anderen Industriezweigen Produktionsmittel liefern, sondern deren Produkte auch das Ausland in seiner jetzigen Lage dringend begehrt.

Nicht minder wichtig ist es, dem Rohstoffmangel, der heute in manchen Industriezweigen, namentlich der Textilindustrie, herrscht, abzuhelfen. Auch diese Rohstoffversorgung kann nicht einfach in das Belieben des Einfuhrhandels gestellt werden, denn die Folge würde keineswegs sein, daß die Importeure einführen, was die betreffenden Industriezweige zunächst am nötigsten zur Wiederaufnahme ihrer industriellen Tätigkeit gebrauchen und was zur Herstellung solcher Gebrauchsartikel erforderlich ist, die der innere Markt am meisten entbehrt. Sie würden vielmehr jene Rohmaterialien einführen, die ihnen auf den Auslandsmärkten am vorteilhaftesten angeboten werden und bei deren Einfuhr in Deutschland sich zunächst am meisten profitieren läßt. Ihr Interesse würde sich naturgemäß jenen fremden Märkten zuwenden, wo sie zunächst wieder am besten Geschäfte anzuknüpfen vermögen und wo sich zugleich die Aussicht auf Erzielung außergewöhnlich hoher Gewinne bietet. Wird auch nach und nach in der Konkurrenz miteinander und mit den fremden Importhändlern ein gewisser Ausgleich der Gewinnraten und damit auch eine gleichmäßigere Verteilung der Märkte hergestellt, so kann doch die unter Rohstoffmangel leidende deutsche Industrie nicht warten, bis sich nach und nach, früher oder später, eine solche Ausgleichung vollzogen hat. Die Rohstoffbeschaffung muß von einer Zentralstelle aus planmäßig unter Berücksichtigung des für die Wiederrückführung nötigen Bedarfs geschehen.

Ebenso kommt für die Lebensmittelaufnahme vor allem in Betracht, was zur Deckung des gewohnheitsmäßigen dringlichen Nahrungsbedarfs erforderlich ist und in Deutschland selbst nicht in genügender Menge erzeugt wird: neben Brotgetreide vor allem Reis, Gete, Serringe, Käse, Milch, Butter, Eier, Kaffee usw. Keine Luxusartikel und Delikatessen sollten vorerst fast ganz von der Einfuhr ausgeschlossen sein — schon deshalb, um nicht das unnötige Abströmen weiterer Zahlungsmittel an das Ausland und damit eine weitere Verschiebung der Zahlungsbilanz zuungunsten des deutschen Außenhandels zu fördern.

Soll aber der Außenhandel in dieser Weise planmäßig geleitet werden, so kann auch die Wiederaufnahme des Seefrachtverkehrs nicht dem Gutdünken der Reedereien überlassen bleiben. Es muß diesen vielmehr auferlegt werden, den Passagierverkehr zunächst einzuschränken und statt dessen den Frachtverkehr auf bestimmten Routen die erforderlichen Schiffsräume — nötigenfalls gegen entsprechende staatliche Vergütungen — zur Verfügung zu stellen. Außerdem muß das Eisenbahnwesen, z. B. durch Einführung bestimmter Ausnahmefrachttarife, den wirtschaftlichen Ansprüchen angepaßt werden.

Nichts ist verkehrter als die Annahme, wenn nur erst der Krieg vorbei sei, werde sofort alle Not ein Ende nehmen und

das Wirtschaftsleben sich wieder von selbst regeln. Sollen schwere Erschütterungen vermieden werden, so kann nicht das Wiedereintrücken dem freien Konkurrenz- und Gewinnspiel überlassen werden — es muß nach wohl-erwogenem Plan staatlich durchgeführt werden. Durch die am 3. August letzten Jahres erfolgte Berufung eines Reichskommissars für Uebergangswirtschaft und die geplante Einführung eines entsprechenden behördlichen Apparates mit Sachverständigenausschüssen sind dafür die nötigen Schritte getan — freilich erst die „vorbereiten- den“ Schritte, denn eine eigentliche feste Organisation fehlt, soweit sich ersehen läßt, noch immer, und doch wird sich der Reichskommissar mit seinem Mitarbeiterstab vor sehr schwierige, große Aufgaben gestellt finden, von deren richtiger Lösung außerordentlich viel für die baldige Wiedererstarbung des deutschen Wirtschaftslebens abhängt.

Die Heimkehr.

Von Erich Kuttner.

Wird das Jahr 1917 die Heimkehr aus den Schützengräben bringen? Nach den sechsgeschlagenen Hoffnungen von 1915 und 1916 scheint es fast vermessen, sie mit Bestimmtheit voraussagen zu wollen. Zu einem schönen Villencronischen Gedicht steht über den Stundenziffern einer Sonnenuhr die Aufschrift: „Una ex hisco morieris“ (Du einer von diesen wirst du sterben). Eine sichere Prophezeiung über das Ende des Krieges dürfte auch kaum deutlicher werden, als daß sie diesen Spruch über die kommenden Jahreszahlen schreibt.

Aber der Optimismus will die Hoffnung auf ein baldiges Aufhören der europäischen Selbstzerfleischung nicht fahren lassen. In unsern besten Erwartungen bleibt 1917 die Jahresziffer des europäischen Friedensschlusses.

Doch mit dem Ende des Krieges hören die Sorgen des Politikers nicht auf. Die Heimkehr, deren heute Millionen als einer Erlösung harren, stellt ihn vor neue, schwere Probleme.

Im Reichstage wurde unlängst von Regierungsseite die Versicherung abgegeben, daß der Plan der wirtschaftlichen Demobilisation bereits fertig und fertig vorläge. Eine gewisse Beruhigung liegt hierin insofern, als das Zurückfließen von vielen Millionen Arbeitskräften in die Heimat die Volkswirtschaft nicht in gleichem Maße unvorbereitet treffen wird wie seinerzeit der Kriegsbeginn. Die Arbeitslosenkrisis der ersten Kriegsmomente ist noch in böser Erinnerung. Aber täuschen wir uns nicht darüber, daß ein so gewaltiges Problem im voraus kaum ohne Fehler und irrtümliche Berechnungen zu lösen ist.

Die Wünsche der Heimkehrer sind sehr verschieden. Die im Felde stehenden Privatangehörigen zum Beispiel fürchten den Verlust langjähriger feier Stellungen und haben durch ihre Organisationen deshalb eine gewisse Mukundbarkeit ihrer vor dem Krieg geschlossenen Dienstverträge beantragt. Den weniger an eine bestimmte Stelle gebundenen Arbeiter trifft diese Sorge nicht so sehr, ihm ist es um die Arbeitsgelegenheit überhaupt zu tun. Vor beiden Schichten gemeinsam aber erhebt sich ein weiteres Problem, das aus der Verletzung ihrer Arbeitsplätze durch Frauenarbeit entstanden ist. Allerdings steht zu erwarten, daß wenigstens ein großer Teil der Frauenarbeit mit der Rückkehr des Familienernährers aus dem Kriege von selbst verschwinden wird.

Doch es gibt eine Schicht — und sie ist keineswegs klein — die dem Lage der Heimkehr mit weit größeren Sorgen entgegensteht: das sind die Kriegsbeschädigten und Kriegsinvaliden. Für sie persönlich ist wohl der Tag der Heimkehr schon dagewesen, heute bereits begegnet man Tausenden von heeresentlassenen Kriegsbeschädigten in vielen Stellungen. Aber gerade diese haben Grund, für den Tag der allgemeinen Heimkehr dunkle Befürchtungen zu hegen, denn an diesem erwacht ihnen, den Verbrauchten und Mindertauglichen, die Konkurrenz der Gesunden und Starken. Heute macht es der allgemeine Mangel an Arbeitskräften den nicht allzu schwer Verletzten noch leicht, eine Arbeitsstelle zu erlangen. Aber wie wird das später sein?

Ueber die voraussichtliche Zahl der Kriegsinvaliden bei Friedensschluß läßt sich heute noch nichts sagen. Aber sicher wird sie so erheblich sein, daß die Frage der Kriegsverletzten nach diesem Kriege weniger denn je die Frage einzelner Unglücklicher bedeuten wird, denen etwa Wohltätigkeit und private Fürsorge helfen könnte, sondern sie wird eine Massenfrage im vollsten Sinne des Wortes sein.

Nirgends wie hier springt gleichzeitig die Pflicht des Staates so deutlich in die Augen, sich der Verletzten und Invaliden anzunehmen. Alle diese haben sich für das Wohl der Gesamtheit aufgeopfert, und es ist nur billig, daß die Gesamtheit ihnen jetzt jede mögliche Hilfe und Entschädigung angedeihen läßt. Wenn wir den Staat hier als den Hauptverpflichteten hinstellen, so geschieht das allerdings nicht in dem Sinne, wie jener aus Spartakusleuten bestehende Konsumvereinsvorstand in Bremen es tat, der den Frauen seiner im Felde stehenden Angestellten und Arbeiter die bisher gezahlte Kriegsunterstützung entzog mit der Begründung, die Arbeiter hätten nicht die Aufgabe, für die Opfer des Krieges zu sorgen. Wir sind vielmehr überzeugt, daß auch die Arbeiterschaft als Klasse gern und freudig helfen wird, was an ihr liegt, das Los ihrer unglücklichen Kameraden zu mildern und zu erleichtern.

Als eine solche Hilfe würden wir es beispielsweise auffassen, wenn die gesunden Arbeiter bei der Verrichtung geeigneter Arbeitsstellen ihren Kriegsverletzten Kameraden freiwillig eine Art Vorrang einräumten. Gewiß — die Kriegsbeschädigten haben ihre Rente und gerade die organisierte Arbeiterschaft wird auf eine reichliche Bemessung und Gewährung ohne Engstirnigkeit drängen. Aber deshalb wird man die vielen Halb- und Viertelinvaliden nicht gänzlich von der Arbeit ausschließen wollen. Sie selbst werden es nicht wünschen — sind doch unzählige jüngere Leute darunter, denen ein jahrzehntelanges Dahinleben ohne Tätigkeit eine qualvolle Vorstellung ist —, und auch für die Allgemeinheit wäre es schädlich, ganz zu schweigen davon, daß von Halb- und Viertelrenten niemand leben kann.

Aber andererseits besteht die Gefahr, daß diese Verletzten, wenn sie sich zur Arbeit melden, entweder wegen ihrer geringeren Verwendungsfähigkeit keine Stelle erhalten oder aber infolge schlechter Bezahlung und Anrechnung ihrer Rente auf den Lohn zu Lohnrüdern werden. Hier könnte — ich habe das in der „Soz. Feldpost“ näher ausgeführt — nur ein staatlicher Eingriff helfen, der die Arbeitgeber

zwingt, — am besten würde das in Verbindung mit dem obligatorischen paritätischen Arbeitsnachweis erreicht werden — Kriegsbeschädigte bis zu einem gewissen Prozentsatz vorweg und zu gleichem Lohn wie gesunde Arbeiter einzustellen. Für die übrigen Arbeiter bedeutete diese Bevorzugung der Invaliden gewiß ein Opfer, aber ich bin überzeugt, daß sie den Opfern des Krieges gern Opfer mit Opfer vergelten werden.

Die Gewerkschaften haben sich mit den Fragen der Kriegsbeschädigten schon eingehend befaßt. Auf der Kölner Tagung haben die drei Richtungen der Freien, Christlichen und Sozialdemokratischen gemeinsam über die wirtschaftlich-soziale Unterstützung der Kriegsverletzten beraten und in einer warmherzig gehaltenen Resolution zum Ausdruck gebracht, daß sie die Fürsorge für die kriegsinvaliden Arbeiter als Ehrenpflicht betrachten. Die Kriegsinvaliden werden hoffentlich ihrerseits in den Gewerkschaften ihre berufene Interessenvertretung erkennen und diese Erkenntnis, soweit zugänglich, in die Tat des Beitritts umsetzen.

Aber nicht nur wirtschaftliche, auch politische Forderungen stellen die Kriegsverletzten an den Staat. Wer für die Gesamtheit des Volkes ein Bein oder einen Arm geopfert, dauernde Beschwerden und Kränklichkeit fürs ganze Leben auf sich genommen hat, der wird auch nicht das mindeste Verständnis dafür haben, daß ein anderer mehr Recht im Staate hat, weil er etwa — höhere Steuern zahlt. Er wird jeden Augenblick hinausstreifen: „Ich habe jahrelang in feuchten Gräben gehaust, ungeheure Märsche mitgemacht, tags gehungert und nachts im Schlamm gelegen, von Gefahr zu Gefahr bin ich gezogen, schließlich riß mir ein Granatsplitter den rechten Arm weg; von dem, was ich durchgemacht habe, bis Hilfe kam, will ich schweigen — aber ist nun Herr A. mehr als ich, weil er während jener Zeit zu Hause saß und Kriegsgewinne einstrich?“

Sener Schrei aus Millionen Kehlen erhoben, darf nicht verstummen, bis er sich Geltung verschafft hat. Daß dies geschieht, dafür hat die politische Vertretung der Arbeiterschaft zu sorgen. Der Kampf um die Volksrechte wird eine ungeheure moralische Verpfändung erfahren, wenn sich alle Kriegsteilnehmer und namentlich auch alle Kriegsverletzten hinter ihn stellen.

Man hat das Problem der Kriegsverletzten auf die Formel zu bringen gesucht: Ihre wirtschaftliche Interessenvertretung sollte den Gewerkschaften, ihre politische der Partei obliegen. Das ist meines Erachtens insofern nicht ganz erschöpfend, als sich die Vorstellung daraus ergeben könnte, daß die Verletzten selber tatenlos beiseite stehen und zuschauen, wie man hier und dort für sie sorgt. Die Kriegsverletzten sollen und wollen nicht nur Objekte, sondern auch Subjekte der Kriegsverletztenfürsorge und ihrer sonstigen Interessenvertretung sein. Schon heute besteht in den Kreisen der Kriegsbeschädigten der feste Wille, sich gegen Verhältnisse zu wehren, wie sie zu unserer Schande nach 1870 kamen. Bei der großen Masse der Kriegsverletzten dieses Krieges würde auch ein gemeinsames Handeln größere Aussicht auf Erfolg bieten. In welcher Form die Kriegsbeschädigten ihre Interessen vertreten sollen, ob im Rahmen der bisherigen Organisationen oder durch engeren Zusammenschluß unter sich, das ist eine Frage der Zweckmäßigkeit. Der Grundgedanke, daß die Kriegsbeschädigten selber mit der größten Energie ihre Sache in die Hand nehmen müssen, sollte jedermann in der Partei einleuchten.

Der Staat als Pflichterbe.

Von Leo Arons.

Einkommen- und Vermögenssteuer werden nach einstimmigen Urteil aller Sachverständigen beim Wiederaufbau unserer Wirtschaft nach dem Krieg eine hervorragende Rolle spielen müssen, sei es, daß man sich für diese Besteuerung auf die Bundesstaaten beschränkt wie bisher oder daß man auch dem Reich diese wichtigste Steuerquelle erschließt. Auf alle Fälle scheint es angebracht, daß die Veranlagung durch das ganze Reich von Reichsbehörden geschieht; selbst wenn das Reich auf Einkommen- und Vermögenssteuer verzichten müßte, wäre die Erhebung seitens der Bundesstaaten auf Grund der Veranlagung durch das Reich zweckmäßig, wie bereits von vielen Seiten anerkannt ist. Als Beispiel für diese Einrichtung kann die Veranlagung zur Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer in Preußen durch den Staat dienen. Auf Grund dieser Veranlagung erheben die Gemeinden die genannten Steuern, während der Staat davon ausgeschlossen ist.

Wäre hiermit ein erster Schritt zu einer gleichmäßigeren und gerechteren Veranlagung gesehen, so hat der zweite, der hier vorgeschlagen werden soll, nicht nur eine stärkere Wirkung in der gleichen Richtung, er würde auch sonst zur unbedingten Klärung der wirtschaftlichen Verhältnisse beitragen. Bisher ist für die Veranlagung Schweigepflicht der Beamten geboten. Unser Vorschlag geht dahin, in Zukunft die Rollen für die Vermögens- und Einkommensteuer geradezu zu veröffentlichen. Auch für ein derartiges Vorgehen fehlt es nicht an Beispielen. So werden in einigen Schweizer Gemeinden die Steueransätze für das kommende Jahr sogar durch den Druck veröffentlicht. Vor mir liegt z. B. der Jahresbericht des Gemeinderates über das Jahr 1901 für die Gemeinde Oberwil (Kanton Basel-Land). Er enthält auf 11 Seiten das Gemeindesteuerregister für 1902 mit folgenden Spalten: erstens die laufende Nummer von 1—431, zweitens die ausführliche Bezeichnung des Steuerpflichtigen, beginnend mit den juristischen Personen, es folgen die steuerpflichtigen Einwohner nach dem Alphabet geordnet, mit vollständigem Namen und Stand, endlich unter Nr. 431 ein zusammenfassender Posten: Auswärtige. Die folgenden Spalten sind überschrieben: Vermögen, Erwerb (gleich Einkommen), Steuer. Die Vermögen bewegen sich zwischen 0 und mehr als 200 000 Frank eines Privatmannes, dessen Fabrik noch einmal mit dem Betrage von 130 000 Frank aufgenommen ist, während das Einkommen mit 17 000 Frank dem Besitzer allein zugeschrieben ist. Die Verhältnisse der Gemeinde Oberwil in jener Zeit waren mir wohl bekannt. Die Beziehungen unter den Einwohnern waren trotz politischer Gegensätze durchaus gute. Irgend eine Schädigung durch die Offenlegung der Vermögensverhältnisse war nirgends ersichtlich. Ob die Drucklegung überall erforderlich ist, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls müßten die Steuerlisten für einen bestimmten Kreis oder Bezirk zur Einsicht offen liegen, auch müßte jedem steuerpflichtigen Einwohner des Bezirks Abschrift der Steuerliste auf seine Kosten erteilt werden.

Eine dritte Maßregel, die als eine Sicherstellung richtiger Vermögensangaben oder wenigstens des Ausgleichs für

frühere falsche anerkannt ist, besteht in der Einführung einer Nachlasssteuer, bei deren Erhebung der Nachlass durch die Behörden geprüft wird. Aber über diese höchst wünschenswerte Sicherstellung der Vermögens- und Einkommensteuerveranlagung sollte ein Nachlasssteuergesetz zur Verstärkung der Einkünfte des Reichs herangezogen werden. In den „Sozialistischen Monatsheften“ 1909 habe ich seinerzeit den Vorschlag gemacht, unter Aufhebung des bestehenden Reichserbschaftsteuergesetzes eine Reichsnachlasssteuer einzuführen, deren Grundlage in einem Satz zusammengefaßt werden kann: „Bei jedem Nachlass erscheint das Reich als auf Pflichtteil gesetzter Erbe erster Ordnung.“

Zur Begründung schrieb ich damals: „Aus dieser einfachen Bestimmung lassen sich die Sätze für die Nachlassbesteuerung in den einzelnen Fällen leicht berechnen, wenn man berücksichtigt, daß nach dem bürgerlichen Gesetzbuch 1. als Erben erster Ordnung die lebenden Kinder des Erblassers und solche, von denen Abkömmlinge leben, in Betracht kommen (im folgenden soll unter der Zahl der Kinder immer die Summe der hiernach erbberechtigten verstanden werden); daß 2. neben Erben erster Ordnung nur noch der überlebende Ehegatte des Erblassers als gesetzlicher Erbe berufen ist, und zwar mit einem Viertel; daß 3. der Pflichtteil in der Hälfte des Wertes des gesetzlichen Erbes besteht. War der Verstorbenen nicht verheiratet, oder war er verheiratet, so erhält, wenn keine Kinder vorhanden sind, das Reich 50 Proz. des Nachlasses. Beträgt aber in diesem Fall

die Zahl der Kinder 1 2 3 4 n
so erhält das Reich 25% 16 2/3% 12 1/3% 10% 1/2 * 100 / (n+1) = 50 / (n+1) %

Die allgemeine Formel ist leicht verständlich und leicht anzuwenden: Sind zum Beispiel 11 erbberichtigte Kinder vorhanden, so beträgt der Steuerbetrag 11/22 gleich 50%. Lebte der Ehegatte des Erblassers noch, so scheidet für diesen zunächst ein Viertel des Nachlasses aus. Nunmehr gilt für den Rest von 75% die gleiche Rechnung wie oben. Ist kein Kind vorhanden, so erhält das Reich 50%, bei 1 Kind 18 1/2%, bei 2 Kindern 12 1/2%, bei 3 Kindern 9 1/2%, bei 4 Kindern 7 1/2% usw., allgemein: bei n Kindern 50% / (n+1); also zum Beispiel bei 11 Kindern 3 1/2%. Die Steuer beträgt durchweg drei Viertel des Sazes für den ersten Fall.

Diese Sätze erscheinen auf den ersten Blick recht hoch, und doch zeigt eine einfache Uebersetzung, daß dem nicht so ist. Könnten sich Seitenverwandte oder gar Eltern oder Großeltern darüber beklagen, wenn der Erblasser statt kinderlos zu sein in glücklicher Ehe ein Kind gezeugt hätte? Und doch wären sie in diesem Fall weit mehr geschädigt als durch die Nachlasssteuer, selbst in der oben angegebenen Höhe. Daß dabei von einer Untergrabung wirtschaftlicher Existenzen, von einer Schwächung des Familienfinances gesprochen werden kann, ist doch gänzlich ausgeschlossen. Und wenn Kinder vorhanden sind, dürften diese in Deutschland, das voll stolz auf Frankreich mit seiner allgemein üblichen Beschränkung der Kinderzahl zu blicken liebt, sich bedauern fühlen, wenn die Geschwisterzahl um ein Haupt vermehrt würde? Und doch würden sie dadurch in höherem Grad geschädigt als durch unsere Nachlasssteuer, wenn nicht gerade ihr Familienfinances durchgesehen gewohnt hätte, daß etwa das Vergeborene auf Pflichtteil gesetzt werde.

Gewissen Häuten kann man wie bei jeder anderen Normierung der Sätze begegnen. So durch Freilassen eines bestimmten möglichen Grundbetrages bei jedem Nachlass, durch Festsetzung der Hälfte des Sazes für einen noch höheren Betrag, durch Zahlungsausschub und Ratenzahlung für den Fall, daß ein erheblicher Betrag des Vermögens nicht flüssig sondern in einem Betrieb festgelegt ist usw. Auch die besondere Natur der Festsetzung in unserm Fall erlaubt Ueberlegungen, zum Beispiel doppelte Anrechnung von Kindern unter einem bestimmten Alter. Eine Berücksichtigung des Vermögensstandes der vorhandenen Erben, soweit es sich nicht um Ehegatten und Kinder handelt, sowie der Höhe des dem einzelnen zufallenden Erbes erübrigt sich bei einer Nachlasssteuer; sie ist Aufgabe der Erbschaftsteuergebung, die hier den einzelnen Bundesstaaten vorbehalten gedacht wurde.

Gerade im Augenblick wird das Verständnis für diese Gründe leichter sein. Ueberaus zahlreiche Familien haben den allzu frühen Tod eines oder gar mehrerer Söhne zu betrauern. Den Geschwistern oder, im Fall solche nicht vorhanden, Fernerstehenden fallen infolgedessen beim Ableben der Eltern Erbschaften zu, die unter glücklicheren Verhältnissen gar nicht zu erwarten gewesen wären. Die hier vorgeschlagene Nachlasssteuer erfaßt immer nur einen Teil dieses Zuwachses, der gewiß wegen seiner Ursache von den meisten bedauert wird, von dem aber zu steuern trotzdem oder gerade deswegen sittliche Pflicht bleibt.

Politische Uebersicht.

Wiederverleihung der Heeresfähigkeit.

Eine Allgemeine Verfügung des Justizministers, des preussischen Ministers des Innern und des preussischen Kriegsministeriums vom 25. Dezember 1916 ordnet eine Prüfung darüber an, welchen Personen, die infolge von Verurteilung zu Jugendstrafe oder Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte die Fähigkeit zum Dienste im deutschen Heer nicht besitzen, die Möglichkeit eines Wiedereintritts geboten werden kann.

Zu verurteilt kommen nur Kriegsverwendungsfähige Personen im wehrpflichtigen Alter, die — abgesehen von der Natur der Heeresfähigkeit begründenden Verurteilung — keine oder nur verhältnismäßig geringe Strafen erlitten und in ihrem Verhalten während der Strafszeit oder nach der Straferlassung das ernste Bestreben gezeigt haben, ihre Schuld durch gute Führung und ehrenhaften Lebenswandel zu sühnen. Grundfähig ausgeschlossen sind insbesondere Personen, die zu einer zweiten oder ferneren Zuchthaus- oder Ehrenstrafe verurteilt worden sind oder die nach Art oder Umständen der von ihnen begangenen Straftat als gewerbs- oder gewohnheitsmäßige Übeltäter erscheinen. Zur Berücksichtigung sind vorzugsweise geeignet Verurteilungen wegen Straftaten, die sich als eine Aufwallung der Leidenschaft oder als eine durch sonstige Umstände verursachte einmalige Verwirrung kennzeichnen.

Bedarf es neben der Wiedererleihung der Heeresfähigkeit oder der bürgerlichen Ehrenrechte auch einer Verurteilung aus der Strafszeit, so kann die Erwirkung eines Gnadenbeweises erst dann in Aussicht genommen werden, wenn der Verurteilte bereits einen erheblichen Teil seiner Strafe verbüßt hat.

Handelt es sich um Personen, welche die Heeresfähigkeit dauernd verloren haben (§ 31 RStGB., §§ 31, 32, 42 Abs. 1 RStGB.) und zugleich unter der Wirkung des Verlustes der bürgerlichen Ehrenrechte stehen, so kommt Wiedererleihung der Heeresfähigkeit nur in Verbindung mit einer Wiedererleihung auch der bürgerlichen Ehrenrechte in Frage.

Es sind nur solche Personen vorzuschlagen, die sich freiwillig um die Zulassung zum Heeresdienste bewerben. Den für geeignet gehaltenen Personen ist Gelegenheit zu geben, ihren Wunsch vorzubringen.

Von zuständiger Seite wird uns noch einiges über die Verfahren der Verfügung mitgeteilt. Danach befinden sich unter den Heeresunfähigen nicht wenige, die es mit brennender Scham, ja

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Folgende Kollegen sind im Felde gefallen:

- Paul Arendsee**, Vierfahrer.
- Otto Dobrileit**, Industriearbeiter.
- Gustav Gürschner**, Geschäftstutcher.
- Karl Holtz**, Warenhandwerker.
- Fritz Kuhnert**, Industriearbeiter.
- Walter Leidhold**, Geschäftsbdiener.
- Wladislaus Lodyga**, Industriearbeiter.
- Franz Nagel**, Geschäftstutcher.
- Max Struwe**, Kellerarbeiter.
- Ernst Walent**, Gerüstbauer.

70/17 Ehre ihrem Andenken!
Die Bezirksleitung.

Zentralverband der Zimmerer Deutschlands

Zahlstelle Berlin und Umgegend.

Den Berufsgeoffenen zur Nachricht, daß folgende Mitglieder im Felde gefallen sind:

- Alfred Berger**, Bezirk 15.
- Otto Hannemann**, Bezirk 8.
- Karl Krause**, Bezirk 24.
- Wilhelm Krüger**, Bezirk 18.
- Max Oberlein**, Bezirk 33.
- Otto Weigt**, Bezirk 24.
- Karl Zastrow**, Bezirk 24.

(Ersterer und Letzterer sind im Felde erkrankt und im Lazarett verstorben.)

Ehre ihrem Andenken!

255/6 Der Vorstand.

Walters — fern von der Heimat und seinen Lieben, fiel am 5. November 1916 infolge Kopfschuß als Opfer des Weltkrieges unser innigstgeliebter, herzenguter Sohn, lieber, guter Bruder, Schwager, Onkel und Schwäger, der Kanonier

Walter Huck

Res.-Feld-Artillerie-Regt. Nr. 28

Im blühenden Alter von 25 Jahren. Am liebsten Schmeiz die liebtrauernden Eltern, Geschwister und seine liebverehrte Braut **Frida Lehmann** und Mutter. Keufhän, Kaiser-Friedrichstr. 19. 16865 Mit der Sehnsucht im Herzen nach Deinen Lieben, mit der Sehnsucht im Herzen bist Du geblieben. So ruh' nun sanft Du teures Herz, wir denken Dein mit Schmerz. Das Vie, das Dich zu Tode traf, zertritt dabei die Herzen. Weilst, beheim und unversehrt.

Todesanzeige.

Am 27. Dezember verstarb unser lieber Mitarbeiter, der Packer

Bernhard Löhr

an einer Krankheit, die er sich im Felde zugezogen hat. Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Geschäftsleitung der Buchhandlung Vorwärts
Paul Singer 6, m. b. H.

Am 18. Dezember starb in einem Feldlazarett an den Folgen eines Kopfschusses unser lieber Mitarbeiter, der Packer

Karl Porsch

Musketier im Infanterie-Regiment 41, im jugendlichen Alter von 20 Jahren.

Wir werden auch diesem Opfer des Krieges ein dauerndes Andenken bewahren.

Personal und Geschäftsleitung der Vorwärts-Buchdruckerei.

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 2. Berl. Reichstagswahlkreis.

Bezirk 133.

Am 30. Dezember 1916 verstarb nach langem, schwerem Leiden unser langjähriges Mitglied, der Gastwirt (frühere Buchbinder)

Karl Zacharias.

Ehre seinem Andenken!

Die Einäscherung findet am Mittwoch, den 3. Januar 1917, nachmittags 2 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt. 207/8

Zentralverband der Zimmerer Deutschlands.

Zahlstelle Berlin u. Umgeg. Bezirk I.

Den Berufsgeoffenen zur Nachricht, daß unser Mitglied

Karl Ohlsen

verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Neujahrstag, nachmittags 2 1/2 Uhr, auf dem Gemeinde-Friedhof in Reinickendorf statt. 235/5

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“.

Ortsgruppe Tegel.

Allen Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Sportgenosse

Paul Musoll

am 26. November 1916 gefallen ist. 9/16

Ehre seinem Andenken!

Die Ortsgruppenleitung.

Den Heldentod fürs Vaterland

starb am 20. Dezember 1916 mein innigstgeliebter, unversehrt gebliebener, treuer, sorgender Vater (seiner beiden Kinder, der Landsturmmann

Otto Fischer

im 35. Lebensjahr. 16865

In tiefstem Schmerz Die trauernde Gattin

W. Fischer geb. Sandte nebst Kindern Arthur und Clara, Mutter und allen Verwandten, Berlin-Charlottenfeld.

Mit der Sehnsucht im Herzen nach seinem Lieben,

Mit der Sehnsucht im Herzen ist er geblieben.

Es kann nun nicht mehr geschehen, wie Du und immer schrießt: Auf halbiges, frohes Wiedersehen! Ruhe sanft in fremder Erde.

Als künftiges Opfer dieses Krieges

belegten wir unseren lieben Sangesbruder

Gustav Naujokat.

Sein ruhiges Wesen, seine gute Stimme und sein festes Pflichtgefühl macht ihn uns unvergessen.

Stumm schläft der Sänger!
Männer- u. Frauenchor Lichtenberg. 16835

Donnerstag früh 10 1/2 Uhr

entschied nach langem, schwerem Leiden, welches er sich im Felde zugezogen, mein lieber Mann, unser herzenguter, sorgender Vater, Bruder, Schwager und Onkel, der Landsturmmann 16846

August Schulze

im 40. Lebensjahr. In tiefstem Schmerz

Helene Schulze nebst Kindern. Berlin, Gamphausenstr. 1.

Die Einäscherung findet am Dienstag, 2. Jan., nachm. 3 Uhr, im Krematorium Gerichtstr. statt.



Neujahrnacht auf Vorposten.

Denkt an uns! Sendet

Galem Aleikum

(Mohnmundstücker)

Galem Gold

(Goldmundstücker)

Zigaretten.

Willkommenste Liebesgabe!

Preis: Nr. 3 4 5 6 8 10 4 5 6 8 10 12 Pfd. Stück einschließlich Kriegsaufschlag

20 Stück feldpostmäßig verpackt portofrei!
50 Stück feldpostmäßig verpackt 10% Porto!

Orient-Tobak- u. Cigarettenfabr. Venidze, Dresden
Joh. Hugo Zietz, Hoflieferant S.M. Königs v. Sachsen.

Trustfrei!

Konsum-, Produktiv- und Sparverein Zehlendorf und Umgegend.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht. Zehlendorf, Wanneseebahn.

Bilanz vom 30. Juni 1916.

Aktiva.	Passiva.
Betriebsbestände:	Eigene Betriebsmittel:
Warenbestand . . . 60847,24	Wohlfühlkonto . . . 19235,36
Rezeptionskonto . . . 4712,90	Rezeptionskonto . . . 6834,86
Schuldnerkonto . . . 1292,50	Dispositionskonto . . . 1200,—
	Bankfondskonto . . . 1000,—
	Kontokorrentkonto . . . 557,—
	29627,92
Angeliegte Werte:	Angekauftene Betriebsmittel:
Stammteil. GEG . . . 2715,25	Sparmarkenkonto . . . 33,50
Anteil bei der Ver- . . . 4712,90	Rezeptionskonto . . . 6834,86
lagungsgesellschaft . . . 397,88	Kontokorrentkonto . . . 9400,—
Kautionshinterleg. . . 800,—	29269,34
Kontokorrentkonto . . . 200,—	Grundschulden 68950,—
4163,13	Verbindlichkeiten:
Grundbesitz 73808,65	Rezeptionskonto . . . 9943,69
Verfügbare Werte:	Rücklagekonto . . . 278,88
Kassenkonto 5182,92	Sparmarkenkonto . . . 3271,75
Bankfondskonto I . . . 3383,—	Kontokorrentkonto . . . 1806,36
Bankfondskonto II . . . 63,68	Konto: Koch zu zahlende Unkosten . . . 1191,55
Bankfondskonto III . . . 137,75	21891,79
Schuldnerkonto 290,—	Reingewinn 6629,78
8967,35	153882,07
153882,07	153882,07

Wohlfühlbewegung.

Kaufgefallen sind 28
Eingetreten sind 148
Bestand am 30. Juni 1916 598

Die Geschäftsguthaben verminderten sich um 1116,25 M.
Die Guthabensverminderte sich um 3800,—
Die Guthabensverminderte sich um 2994,—
Zehlendorf, W.-B., Dezember 1916. 104/15

Der Vorstand. Joh. Krefeler. G. Paarmann. H. Ruff.

Lungen

und Halskrankheiten. Verlangen Sie kostenlos Prospekt über bewährte Heilmethode, ohne Berührung. Sanitätlerat Dr. Weisen Ambulatorium, Berlin 118, Zimmerstr. 96.

Kranzspenden

sowie sämtliche Blumenarrangements

liefert schnell und billig Paul Gross, Lindenstr. 60, Tel. 101.7303

Westmann's Trauermagazin

Größte Auswahl. Billigste Preise. I. Mohrenstraße 37a (Kolonnaden) II. Gr. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr.)

Auswahlsendungen sofort. Amt Zentrum 7960. Kontos: 12—2 Uhr geöffnet.

Möbel

für Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Wohnzimmer, Küchen usw. direkt an Private. Ueberausende Auswahl und Preisersparnis, daher Lagerbesuch sehr lohnend. Billige, feste Preise, lesbar an jedem Gegenstand. Für Auswärtige lohnt selbst weite Reise Abbildungen kostenfrei.

Höfner

Möbel-Großhändler, Berlin N. 22, Veteranenstr. 11-15 Hofmanns Hof

Für Feldsoldaten! Deutsch-Österreichisch 15 Pf. Deutsch-Französisch 15 Pf.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schleifer

Karl Sponholz

Branfischstr. 19, am 28. Dezember gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 2. Januar 1917, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Georgen-Kirchhofes in Weihenfeld, Köpenickerstr. 10, aus statt.

Rege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schleifer

Konrad Budnick

am 24. Dezember gestorben ist. Ehre seinem Andenken!

Nachruf.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schleifer

Ernst Salzmann

Admiralstr. 18d, gestorben ist. Ehre seinem Andenken!

137/16 Die Ortsverwaltung.

Rach mit Gebuld ertragener

Krankheit verstarb am 28. Dezember 1916 mein lieber Mann

Hermann Petzold

im 40. Lebensjahr. Dies zeigt tiefbetäubt an

Frau Johanna Petzold geb. Kasarek.

Bitte um stille Teilnahme. 14 Die Beerdigung findet am Dienstag, den 2. Januar, nachmittags 1/4 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes in Margah aus statt.

Sei ein neu Jahr . . .!

Sei ein neu Jahr! — Und nimm von uns die Bürde, Die uns den guten Glauben schier erdrückt;

Sei ein neu Jahr! Laß uns die Stunde schauen, Da sich das Grab des Krieges endlich schließt!

Sei du das Jahr des reinigen Verbrennens Der ecken Ecken der Vergangenheit!

Sei ein neu Jahr — und lösch die alten Fehle! Sei du das Jahr der neuen Heilsgedanken!

Kurt Hiller

Aus Groß-Berlin.

Neujahrstagen in der guten alten Zeit.

Man hat sich oft über die Art und Weise entrüßt, in der die Berliner — damals, als noch Frieden war — das Fest des Jahreswechsels zu feiern pflegten.

Schon im alten Rom feierte man den ersten Tag des Jahres in der Weise, daß die Männer Frauenkleider anlegten und sich die Gesichter mit Ofen beschmierten, oder daß man sich in die Häute von Mäthern, Wären, Girfchen und anderen Tieren hüllte und in dieser Verkleidung die größten und gemeinsten Scherze trieb.

Das Karrenfest wurde nämlich folgendermaßen gefeiert: Die Priester und Weltgeistlichen der Stadt versammelten sich an einem geeigneten Orte und erwählten aus ihrer Mitte unter parodistischen Zeremonien einen Karrenbischof, der mit großem Pomp in die Kirche geführt wurde.

Es läßt sich denken, daß diese Art, das Neujahrstfest zu begehen, nicht allenthalben ungeteilten Beifall fand. Aber die mittelalterliche Geistlichkeit wußte der Opposition zu begegnen.

Trotz dieser Fürsprache von maßgebendster Stelle aus konnte das Karrenfest der fortschreitenden Kultur auf die Dauer doch nicht standhalten, und seit dem 16. Jahrhundert ist es sogar im arztüchtigen Bayern verschwunden.

Die Einschränkung des Straßenbahnverkehrs.

Die Große Berliner Straßenbahn und die von ihr mitverwalteten Vorortbahnen werden vom 1. Januar ab ihren Betrieb einschränken. Die letzten Wagen werden im allgemeinen gegen 12 Uhr aus dem Stadtkern verkehren.

Die Verkehrseinschränkungen haben die Zustimmung des Verbandes Groß-Berlin gefunden. Es handelt sich um 105 Straßenbahnlinien, deren Spätbetrieb eine Verfürgung um ein bis zwei Stunden gegenüber dem jetzigen Fahrplan erfährt.

Ob die Einschränkung in einer dem Bedürfnis der erwerbstätigen Kreise gerecht werdenden Weise verkehren werden, wird sich ja schon in den allernächsten Tagen zeigen müssen.

den Herren, die die Verkehrseinschränkungen angeordnet haben, die Mahnung zuzufügen, zu den vielen Ursachen begründeter Erbitterung nicht eine neue hinzuzufügen.

Die Große Berliner Straßenbahn läßt die letzten Wagen abgehen: auf dem Stadtring um 1,45, auf Linie 6 um 2,11 vom Spittelmarkt, Linie 10 um 1,45 Uhr.

Magistrat, Aerzte und Kriegerfamilien.

Der Berliner Magistrat ist, wie mitgeteilt wird, bereit, mit dem Ärzteausschuß für Groß-Berlin wegen des Abschlusses eines neuen Vertrages über die Behandlung der Kriegerfamilien in Verhandlungen zu treten.

Wegen die Entlassung der Arbeiterinnen.

Das Kriegsamt veröffentlicht folgende Mahnung: „Es ist bekannt geworden, daß die Kriegsindustrie vielfach die Entlassung weiblicher Arbeitskräfte ins Auge faßt, weil man hofft, aus den Reihen der Hilfsdienstpflichtigen kräftigere, ausdauerndere und anstelligere Hilfen zu erhalten.“

Waterländischer Hilfsdienst.

Zur Durchführung des Gesetzes betreffend den waterländischen Hilfsdienst hat das Oberkommando in den Marken einen Aufruf zur freiwilligen Meldung erlassen und angeordnet, daß die Arbeitsstellen bei dem nächsten Polizeirevier, Magistrat oder Gemeindeverwaltung zu erfragen sind.

Berliner Lebensmittelnachrichten.

In der kommenden Woche gibt es wieder 50 Gramm Butter und 30 Gramm Margarine.

Mit der Tierverorgung von Groß-Berlin wird es auch in der kommenden Woche nicht gut bestellt sein. Die Zufuhren sind so knapp, daß einsteuilen nur die Eier für Krankenbehandlungszwecke bereitgestellt werden können.

Nach einer Bekanntmachung des Magistrats dürfen in der Woche vom 1.—7. Januar auf die zehn Abschnitte 88 der neuen Kartoffelkarte höchstens je ein halbes Pfund, also zusammen höchstens 5 Pfund abgegeben und entnommen werden.

Wann sind die Wohnungen zu räumen?

Das Polizeipräsidium teilt mit: Bei dem nächsten Vierteljahreswohnungswechsel im Stadtbezirk Berlin sind zu räumen: kleine, aus höchstens 2 Wohnzimmern und Zubehör bestehende Wohnungen bis zum 5. Januar abends;

Die Inhaber der aus 1, 2 oder 3 Wohnzimmern und Zubehör bestehenden Wohnungen müssen jedoch 1 Wohnzimmer und die Mieter von Wohnungen mit mehr als 3 Wohnzimmern und Zubehör 2 Wohnzimmern schon am Dienstag, den 2. Januar, vollständig geräumt den künftigen Wohnungsinhabern zur Verfügung stellen.

Der falsche Süßwarenoberleutnant.

In verschiedenen großen Städten des Rheinlandes wandte sich ein angeblicher Süßwarenoberleutnant Heller mann an große Firmen der Lebensmittelbranche und erbot sich, ihnen durch seine guten Beziehungen große Mengen von Lebensmitteln zu beschaffen.

Die Mutter mit dem toten Kind im Arm. Der Magistrat schreibt uns: In einem Artikel des „Vollangeigers“ und des „Vorwärts“ (6. Dezember) wurde berichtet, daß eine Frau Kaczmarek aus der Gegend von Magdeburg von verschiedenen Krankenhäusern, bei denen sie um Aufnahme ihres kranken, einige Tage alten Kindes nachsuchte, wegen Platzmangel abgewiesen worden sei.

Befürchtung aus, daß die Bestimmungen des Magistrats, nach denen schon der Verdacht einer Infektionskrankheit zur unverzüglichen Aufnahme von Kindern genügen solle, nur auf dem Papier stehen und nicht in die Tat umgesetzt würden.

Wir hatten in dem vor drei Wochen erschienenen Bericht, den alle hiesigen Blätter gleichlautend brachten, gewünscht, daß diejenigen Anstalten, bei denen die Frau abgewiesen worden sei, ermittelt werden möchten; nun erfahren wir lediglich, daß städtische Krankenhäuser nicht in Frage kommen.

Der Verkehr in der Sülzesternacht. Die letzten Hochbahnzüge werden den Bahnhof Friedrichstraße in beiden Richtungen erst um 1/2 Uhr verlassen.

Auf den Linien der Städtischen Straßenbahnen verkehren die letzten Wagen wie folgt: Linie „Roabit—Hermannplatz“ ab Roabit um 1.01 Uhr, ab Hermannplatz um 1.07 Uhr.

Das Passierscheinbureau, die Abteilung Ia 6 (Ausstellung von Passierscheinen für deutsche Staatsangehörige aus dem Landespolicizebezirk Berlin) befindet sich vom 3. Januar ab in der Charlottenstraße 48 IIII. Sprechstunden 10 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags.

Die Kriegsunterstützung muß, wie der Berliner Magistrat uns mitteilt, infolge der Erhöhung der Wundessätze und mit Rücksicht auf den herrschenden Mangel an Kleingeld bei einem Zahltermine mit einem etwas höheren, als dem fälligen Betrage, bei dem nächsten Zahltermine mit einem entsprechend geringeren Betrage zur Auszahlung gelangen.

Das Stammesfest muß dran glauben! Nach einer ergänzenden Bekanntmachung fallen auch die Binnbedel der „Stammesfest“, die sich in Verwahrung von Schankbetrieben, Kaffinos, Vereinen usw. befinden, der Beschlagnahme anheim.

Sirkus Busch.

Vom 1. Januar ab beginnen die Abendvorstellungen bereits um 7 1/2 Uhr, um das umfangreiche Programm früher beenden zu können. Bis zum 3. Januar einschließlich, dem Schluß der Schaulustigen, finden täglich zwei Vorstellungen statt: um 8 1/2 Uhr die Nachmittagsvorstellung mit der Weihnachtspantomime „Beim Weihnachtsmann“ und abends 7 1/2 Uhr die große Abendvorstellung mit der zugkräftigen Pantomime „Die Geierprinzessin“.

Sirkus Albert Schumann bringt mit seinem Neujahrprogramm eine Fülle Neuheiten. Vor allem das Ausstattungstüch „Die Seeräuber“, bei dem zwei Orchester und 300 Personen mitwirken. Heute, Sonntag, und morgen, Montag, je zwei Vorstellungen. In allen vier Vorstellungen gehen „Die Seeräuber“ in Szene.

Wintergarten. Am heutigen Sonntag und am Neujahrstag sind Nachmittagsvorstellungen, in denen außer den Varietésnummern auch die ungarische Ballettpantomime „Die grüne Hölle“ in voller Besetzung zu Nachmittagspreisen (Kinder die Hälfte) gegeben wird.

Palast-Theater am Zoo. Heute Silvester und morgen Neujahr, nachmittags 3 1/2 und abends 7 1/2 Uhr je zwei Vorstellungen. Nachmittags darf jeder Erwachsene ein Kind frei einführen. In allen vier Vorstellungen Robert Steidl's neue heitere Revue „Berliner Bilder“.

Im Zoologischen Garten findet am Silvester und Neujahrstag großes Konzert von 4 Uhr nachmittags bis 10 Uhr abends statt. Eintritt 50 Pf., Kinder unter zehn Jahren die Hälfte; ebenso für das Aquarium, das an beiden Tagen von 9 Uhr morgens bis 8 Uhr abends geöffnet ist.

Der Hochbahnjurist. Zu der satirischen Plauderei in Nr. 355 des „Vorwärts“ teilt uns die Direktion der Hochbahngesellschaft mit, daß ihre Dividende, die im Jahre 1915 4 Proz. betrug, trotz der zeitweise stark gefüllten Wagen sich auch in diesem Jahre sicher nicht erhöhen werde.

Der „Leutnant von Treptow“, der das Treptower Telegraphenbataillon um einen Militärpaß prellte, entpuppt sich als ein Mann, der schon vor der Tat in Treptow bekannt war und mehrfach in einer Gastwirtschaft an der Karpyentischstraße verkehrte. Er trug dann, wie auch am Tage der Tat, stets eine unbefreiungsmäßige Uniform, die derjenigen der Offiziersstellvertreter gleich, und erzählte von seinen angeblichen Kriegserlebnissen.

Die Leiche unter dem Gise. Der mysteriöse Leichenfund in Teltow, über den wir kürzlich berichteten, ist jetzt aufgeklärt worden. Es handelt sich um eine nervenkrankte Person, die wahrscheinlich nach längerem Umherirren an der Stelle, wo die Leiche aufgefunden wurde, zusammengefunken und zu Tode gekommen ist.

Aus den Gemeinden.

Charlottenburg. Die Einführung der Kartoffelkarte für das Verzehren von Kartoffeln in Gast- und Schankwirtschaften sowie der Abgabewang der Kartoffelkarte bei der Teilnahme an der Massenpeisung hat es erforderlich gemacht, den Haushaltungen, die Kartoffeln zum Winterbedarf erhalten haben, den Vorrat nicht auf sämtliche Haushaltungsmittelglieder anzurechnen, ihnen also nicht die Kartoffelkarten für alle Familienmitglieder zu entziehen, sondern ihnen einen Teil der Kartoffelkarten zu verabsorgen. Der

Magistrat hat die Anrechnung so angedeutet, daß für jede Person während der Dauer der Versorgungsperiode 1/2 Berliner Kartoffeln anzurechnen werden. Die übrigen Haushaltungsmittelglieder für die hiernach eine Anrechnung nicht in Frage kommt, erhalten weiterhin Kartoffellagen, die vom 5. Januar ab bei der zuständigen Brotkommission zur Abholung bereitliegen. Die betreffenden Haushaltungen werden noch besonders von der Brotkommission benachrichtigt werden. Diese Benachrichtigung ist bei der Abholung der Karten als Ausweis vorzulegen.

Für die Verteilung von Magermilch soll zunächst eine Voranmeldung vorgenommen werden. Für diese werden Anmeldekarten ausgegeben an die Haushaltungen, wo Kinder sind, die in den Jahren 1907, 1908, 1909, 1910 geboren sind; und zwar erhält jeder dieser Haushalte ohne Rücksicht auf die Zahl der Kinder eine Karte. Die Abgabe dieser Anmeldekarte erfolgt bei der zuständigen Brotkommission in der Zeit vom 2. bis 5. Januar. Bei der Abholung ist das Alter des jüngsten in Betracht kommenden Kindes durch Vorlegung einer amtlichen Urkunde nachzuweisen. Die Eintragung in die Kundenliste hat bis zum 8. Januar zu erfolgen.

Die Zusatzkarten für Kinder bis zum vollendeten 6. Lebensjahre werden diesmal ausnahmsweise nicht durch die Hausbesitzer ausgegeben, sondern sind durch die Haushaltungen selbst von den zuständigen Brotkommissionen gegen Vorlage von Urkunden (Geburtschein usw.) in der Zeit vom 2. bis 5. Januar abzuholen. Die Eintragung in die Kundenliste, in der Zeit vom 2. bis 7. Januar, ist auch für diese Zusatzkarten erforderlich.

In der Woche vom 1. bis 7. Januar werden auf Abschnitt 22 der roten Nahrungsmittelkarte je 2 Pfund Kohlrüben abgegeben.

Schöneberg. Ein Paketwindler teilt in Schöneberg sein Unwesen. Der etwa 17jährige Bursche erscheint bei Portierleuten mit einem angeblich von einer bekannten chemischen Waschanstalt abgeforderten Paket und erklärt, daß die Familie, an die er die Sachen abzuliefern habe, nicht anwesend sei. Seiner Bitte, ihm doch die Sendung abzunehmen und den kleinen Betrag, 4 bis 6 M., zu veranlagern, kommt die Portierfrau fast immer nach. Will die Frau dann die Sachen abliefern und den veranlagten Betrag einziehen, so muß sie erfahren, daß sie einem Schwindler zum Opfer gefallen ist.

Oberschmeweide. Die Expedition des „Vorwärts“ übernimmt vom 1. Januar der Genosse Otto Freidank, Bischofsstr. 25. Wir bitten, alle Bestellungen und Umstellungen an ihn zu richten.

Aldershof. Der Genosse Johannes Feuerstein, Bischofsstr. 82, übernimmt die „Vorwärts“-Expedition für Aldershof vom 1. Januar ab. Wir bitten alle Bestellungen an ihn zu richten.

Neußölln. Die von der Stadt Neußölln eingerichteten Wohlfahrtsauschüsse, die bisher die Aufnahme- und Platzstellen für die allgemeine Arbeitslosenunterstützung sowie die Aufnahmestellen für die Kriegsunterstützung der Kriegswohlfahrtspflege bildeten, stellen mit dem 31. Dezember ihre Tätigkeit ein. Ihre Aufgaben erledigt das Kriegsfürsorgeamt, Rathaus, Zimmer 109, wo auch die entsprechenden Anträge zu stellen sind. Sprechzeit: vormittags 9-12 Uhr, außer Sonnabends.

Parteiveranstaltungen.

„Vorwärts“, Les- und Diskussionsklub für Groß-Berlin. Mittwoch, 3. Januar, abends 8 Uhr.

Sektion I bei Glaue, Kommandantenstr. 68, am Dönhofsplatz.

Sektion IV Sitzung im Lokal von Heinrich, Große Frankfurter Straße 30. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Krähig über: „Die Friedenspolitik der Sozialdemokratie im Reichstage“. Gäste können durch Mitglieder eingeführt werden.

Sektion VI Versammlung bei Sasse, Lindower Str. 26. Tagesordnung: 1. Vortrag, 2. Diskussion.

Sektion VIII, Karlshorn. Dienstag, 2. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal Peler, Dönhofsstr. 8, Ecke Dönhofsplatz: Versammlung. Vortrag des Genossen Paul Müller über: „Die Friedensfrage“. Gäste willkommen.

Pantow-Niederschönhausen. Mittwoch, 3. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal „Zum Panzgraben“ (Neb. Dönhofsplatz), Pantow, Schloßstr. 6. Vortrag des Reichstagsabg. Karl Giebel: „Kommt es zum Frieden?“ Gäste willkommen.

Nowawo. Mittwoch, 3. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Singer (kleiner Saal): Versammlung des Bahnerkreises. 1. Geschäftliches. 2. Vortrag: „Die Internationale im Weltkrieg“. Referent: Reichstagsabgeordneter Dr. Lenjsh. 3. Stellungnahme zu der am 21. Januar stattfindenden Kreisgeneralversammlung und Wahl von Delegierten.

Jugendveranstaltungen.

Neußölln-Brig-Adow. Neujahrstag: Spaziergang mit Besuch der Jugend von Budow und Adow. Treffpunkt für Neußölln: Bobbin, Ecke Hermannstraße 12 Uhr; für Brig 12 1/2 Uhr am Rathaus. — Sonntag, 7. Januar: Beschäftigung des Verehrervereins, 12 Uhr Rathaus, Ecke Schönstedtstraße.

Aus aller Welt.

Im Dauer Schlaf. In der letzten Sitzung der chirurgischen Gesellschaft zu Vordauz berichtete Professor Berger von der medizinischen Fakultät der dortigen Universität über einen ungewöhnlich interessanten Fall eines Dauer Schlafes. Der Schlaf er ist ein 31jähriger Opernsänger, der, nachdem er an der Marne Schlacht teilgenommen hatte, am Abend der Schlacht eingeschlafen war und seinen Schlaf seither nicht einen Augenblick unterbrochen hat. Puls und Atmung sind während der ganzen Zeit durchaus normal geblieben, und wiederholte Untersuchungen haben ergeben, daß der Körper des Schlafers auch nicht die geringste Wunde aufweist. Professor Berger glaubt durchaus sicher zu sein, daß der Kranke eines Tages aus seinem Schlafe aufwachen und seine normale Lebensfähigkeit wieder aufnehmen wird.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten abends 8, 10, 12 Uhr, in der Redaktion, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 3 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anträge ist ein Nachsatz und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsauskunft beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftsätze und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

Elle Nr. 43. 1. und 2. Mit Beginn der 27. Krankheitswoche kann die Krankheitsrente gewährt werden, wenn zeitweilige Invalidität als vorliegend erachtet wird. Antrag ist unter Einreichung der Krankheitsbescheinigungen und der letzten Quittungskarte beim Versicherungsamt Berlin, Klosterstr. 65/67, zu stellen. — **Nr. 72.** Wenn der Hauswirt sich der Kommission gegenüber zum Nachschuß verpflichtet hat, kann er den Betrag nicht zurückverlangen. — **Urban 28.** 1. Bei der Versteigerung wird nur ein solches Gebot zugelassen, durch welches die dem Anspruch des Gläubigers vorgehenden Rechte sowie die aus dem Versteigerungsverbot zu entnehmenden Kosten des Verfahrens gedeckt werden. 2. Die Forderung braucht nicht aufgeklagt, sie kann durch Pfändung beizutreiben werden. 3. Nur die Anleihegläubiger. 4. Sie können die Rückgabe durch Klage beim Amtsgericht erwirken, auch Anzeige wegen Diebstahl erstatten. — **Nr. 76.** 1. Der Testamentvollstrecker kann für die Führung seines Amtes eine angemessene Vergütung verlangen. Daneben hat er noch Anspruch auf die von ihm gemachten baren Auslagen. 2. und 3. Da Sie uns nicht angegeben haben, wieviel er verlangt, können wir nicht beurteilen, ob die Vergütung angemessen ist. — **Nr. 98.** 1. Das Stammregiment hat seinen Standort in Straßburg (Elsass). Die Standorte der Ersatzregimenter sind uns nicht bekannt. 2. An das rote Kreuz, Paragrafenstraße 40. 3. Ein begründeter Antrag auf Auszahlung des Sparguthabens ist unter

Angabe der Sparfassenbuchnummer und der Sparfasse an das Vormundschaftsamt der Stadt Berlin, Landberger Straße 43/47 zu richten. — **Nr. 339.** Der Antrag auf Auszahlung der Lebensversicherung des verstorbenen Sohnes ist an das Ersatzbataillon des Infanterieregiments 42 in Straßburg zu richten. — **Nr. 341.** 1. Die Familienunterstützung wird bis zum Zeitpunkt des Empfanges der ersten Militärinvalidenrente gezahlt. 2. Wenn Sie gemelter Soldat sind, 20 M. jährlich, 180 M. Kriegszulage und eventuell Verfallenszulage von 27 M. monatlich. 3. In, wenn eine Beförderung eintritt. — **Nr. 342.** **Baumgartenweg.** Rent. — **Nr. 343.** Rent, wenn Sie das Zimmer an die Tochter nicht vermietet haben. — **Alliance 1.** Die Versicherungsgeellschaft kann zur Zahlung des Krankengeldes nicht verpflichtet werden. Eine Klage wäre doch wohl aussichtslos. — **C. 27.** Wenn die Ehe nach 1900 geschlossen ist, erbt der Vater 1/2, die Kinder 1/4, des Nachlasses. — **G. 20.** 1. Nein. 2. Sie müßten 1200 Mark nachweisen. Nach Ihren Angaben fehlen Ihnen noch 108 Mark. — **Gertrud 42.** 1. Es steht Ihnen die staatliche Unterstützung in Höhe von 20 M. monatlich und der kommunale Zuschlag zu. Nichtunterstützung kann in Höhe bis zu 18 M. gewährt werden. 2. Nein, Sie erhalten nur für Ihren zum Militär eingezogenen Ehemann die Kriegsunterstützung. 3. In jeder Apotheke erhältlich. — **Nr. 100.** 1. Ja. 2. Ja, wenn Sie eine eigene Wohnung haben. — **Nr. 32.** Der Lehrvertrag kann aus den von Ihnen angeführten Gründen nicht gelöst werden. — **Nr. 40.** Sie haben noch Anspruch auf die Unterstützung bis zum 15. Januar. — **Nr. 111.** Wir laden Sie ein, Schreiben an die Wiener „Arbeiterzeitung“, die in diesem Falle mehr bewirken kann.

Eingegangene Druckschriften.

Der Deutsche Krieg. Heft 86: Vaterländischer Hilfsdienst. Heft 50 Bl. — Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart.
Antikes Leben nach den ägyptischen Papyri. Von Professor Dr. A. Brecht. Aus Kultur und Geisteswelt. Band 165. (Sch. 1,20), geb. 1,50. — Verlag V. G. Teubner, Leipzig.

Schöneberger Arbeiter-Turnverein. Vom Januar ab: Turnübungen jeden Dienstag und Donnerstag in der Turnhalle der 14. Gemeindefschule, Berchtesgadener Straße. — Nächste Turnstunde: 2. Januar. Gäste willkommen. Besonders machen wir auf unsere Knaben- und Mädchenabteilungen aufmerksam. — Sekretär bei Gen. Hütel.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Montag mittag. Mild und zeitweise aufklarend, doch noch vorwiegend trübe mit öfter wiederholten Niederschlägen, hauptsächlich Regenschneen.

Allgemeine Orts-Krankenkasse für Berlin - Mariendorf und Umgegend.
Gemäß § 1 Abs. 2 des Gesetzes vom 4. August 1914 betreffend Sicherung der Leistungsfähigkeit der Krankenkassen hat das Versicherungsamt des Kreises Zehlendorf am 30. September d. J. auf Antrag des Kassenvorstandes vom 16. August 1916 verfügt, daß den als Mitglieder der Kasse Erkrankten vom 1. Januar 1917 ab die jahrgemäß vorgesehene **Wiederleistungen** mit Rücksicht auf die im § 31 der Satzung angegebene Leistungen zu gewähren sind.

Blumen- und Kranzbinderi von Robert Meyer,
Inb.: P. Golletz
Mariannenstr. 3. Tel. Mpl. 10 303

Haben Sie Fußbeschwerden?
empfehle nach Maß passend gearbeitete Stützsohlen sowie **Bruchbandagen** aller Art, Leibbinden, Stützsocken usw., Mittel zur Gesundheits- u. Krankenpflege.
Pollmann, Bandagist,
Berlin N, Lothringer Str. 60,
Lieferant für Krankenkassen.

Berlin-Mariendorf, [273/12] den 30. Dezember 1916.
Der Kassenvorstand
Aug. Leip, K. Baechler,
Vorsitzender, Schriftführer.

Kranz- u. Blumenpenden
schnell und billig.
Turnstraße 56 Dabers
Kosbitt 6134.

Das neue Jahr

wird uns nach wie vor auf dem Posten finden, in dem Bestreben, unsere Rundschaft durch rastlose Bemühungen zu befriedigen.

Was immer Sie an Damen-, Badfisch- oder Kinder-Kleidung benötigen, Sie werden es bei uns in reicher Auswahl finden und zu Preisen, die Ihnen das Kaufen wesentlich erleichtern werden.

C & A
BRENNINKMEYER G.M.B.H.

Damen-, Badfisch- und Kinder-Kleidung

Königstraße 33 am Bahnhof Alexanderplatz
Chausseestraße 113 beim Steffiner Bahnhof

Sonntags geschlossen!